Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Januarhälfte 450.— Mk. Einzelverkaufspr. 40.— Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 8 ähngespaltene Petitzeile oder deren Raum 130.— Mark, auswärtige 150.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 110 Mk., für Reklamen 520.— Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 14. Mittwoch, 17. Januar 1923. 30. Jahrgang.

Befehle statt Verhandlungen.

Düsseldorf, 17. Januar.

Die gestrigen Besprechungen zwischen den Vertretern der Zechenverwaltungen und den Franzosen verlief vollkommen ergebnislos. Es nahmen auf deutscher Seite außer den Vertretern der Industrie, der Regierungspräsident Dr. Grützner und von seiten der Franzosen und Belgier die Generäle Simons und Davignes sowie die interalliierte Kontrollkommission teil. Die ganze Verhandlung bestand aus einer einseitigen Kundgebung des Generals Simons, indem er einen Befahl des Generals Degoutte verlas. Darin wird ausgeführt, daß die Zechenbesitzer zum letzten Male aufgefordert werden, spätestens Mittwoch früh mit der Lieferung von Reparationskohle an Frankreich und Belgien wieder zu beginnen. Sollte der Widerstand andauern, so würden weitere Maßnahmen ergriffen werden. Als erste Sanktion habe die Besetzung von Dortmund zu gelten. Sie erfolgte wegen des Verbots der deutschen Regierung an die Zechenverwaltungen entsprechend den Sonnabendabmachungen Kohlen zu liefern. Weder ein Vertreter der Zechenverwaltungen, noch der Regierungspräsident kamen zu Worte. Die Wortmeldungen wurden in brüsker Weise abgewiesen und die Sitzung für geschlossen erklärt. Die Zechenverwaltungen sind sich nach wie vor einig, daß sie den Befehlen der Franzosen keine Folge leisten werden.

Die Verhandlungen mit den Arbeitern.

Düsseldorf, 17. Januar.

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen nahmen, der D. A. Z. zufolge, einen dramatisch bewegten Verlauf. General Davignes gab eine Erklärung an die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen des Ruhrgebietes ab, in der es u. a. heißt:

„Ich bedaure, feststellen zu müssen, daß die Industriellen die Lage noch zu verschlimmern suchen, die durch den bösen Willen der deutschen Regierung schon schwierig gestaltet ist. Die Haltung der Industriellen und die des Reiches hat das Einrücken der belgischen und französischen Truppen in das Ruhrgebiet notwendig gemacht, um endlich die Lieferung der Kohlenmengen durchzusetzen, die uns auf Grund des Versailler Vertrages zustehen. Die Ankunft der Truppen hat jedoch nur den Zweck, die Tätigkeit der Ingenieure zu unterstützen, welche die erforderlichen Schritte unternehmen sollen, um die den Alliierten zustehenden Kohlenmengen zu sichern."

Nach Verlesung dieser Erklärung nahm Regierungspräsident Dr. Grützner das Wort und bemerkte, in dieser Erklärung werde festgestellt, daß die Industriellen die Lage verschlimmert haben sollen, die durch den bösen Willen der deutschen Regierung herbeigeführt worden sei. Mit Rücksicht auf diese Erklärung ist es mir nicht möglich, an der Besprechung weiter teilzunehmen. Er verließ daraufhin den Sitzungssaal.

General Davignes fuhr fort: Die Truppen seien seit zwei Jahren in Düsseldorf eingerückt und während dieser Zeit habe die Besatzungsbehörde Unterhandlungen gepflogen mit den verschiedenen Arbeiterverbänden und habe mit all diesen Verbänden die besten Verbindungen gehabt. Sie habe alle Wünsche entgegengenommen und ihnen zu entsprechen versucht. Der Zustand der Freiheit, den die Arbeiter in Düsseldorf seit zwei Jahren gehabt hätten, sei nicht zu vergleichen mit dem Zustand, den sie unter der früheren Regierung gehabt hätten. Die französische Regierung sei nie der Feind der arbeitenden Bevölkerung gewesen.

Damit war die Besprechung zu Ende. Sowohl die Zechenvertreter wie die Arbeitnehmervertreter verließen den Sitzungssaal mit Ausdrücken der Entrüstung, daß man sie lediglich zur Entgegennahme solcher Befehle nach Düsseldorf geholt habe.

Die Knute.

Von dem Belagerungszustand in Bochum.

TU. Berlin, 16. Januar.

Nach hier vorläufigen Mitteilungen sind die Ortschaften Wetter und Vorhalle, nördlich von Hagen besetzt. Doch ist Hagen selbst noch frei. In Buer haben die Besatzungsbehörden verschiedene Bestimmungen erlassen, die unter anderem jede Ansammlung auf der Straße, ferner das Absingen vaterländischer Lieder verbieten und anordnen, daß auf Haltrufe jede Person sofort zu stehen hat.

Die Stadt Essen ist ruhig, ebenso Bochum. In einer Besprechung, die der französische Oberst mit der Stadtverwaltung gestern hatte, wurde der französische Oberst darauf aufmerksam gemacht, daß die Bevölkerung außerordentlich erregt sei und daß es voraussichtlich zu Kundgebungen kommen würde. Solche Kundgebungen schlössen aber keinerlei Gefahren für die Truppen in sich. Der französische Oberst schien sich auch dieser Stellungnahme anzuschließen. Aber kurze Zeit darauf ereigneten sich die Zwischenfälle, denen ein bis zwei Tote zum Opfer fielen. Unter den Passanten befanden sich zahlreiche Arbeiter, die zu ihren Heimstätten zurückkehrten und sich nicht an der Demonstration beteiligen wollten. Eine Untersuchung über den Vorfall ist von der Staatsanwaltschaft und von der Polizei eingeleitet worden.

Bochum, 16. Januar.

Nach den gestrigen Vorfällen ist heute die Stadt vollkommen ruhig. Bürger und Arbeiter gehen ihrer gewohnten Beschäftigung nach. Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister haben dringende Mahnungen zur Ruhe und Besonnenheit veröffentlicht. Die Straßen bieten das gewohnte Bild. Nur vereinzelte Patrouillen, die von Zeit zu Zeit durch die Straßen ziehen, erinnern an die Tatsache der Besetzung. Die vor den öffentlichen Gebäuden aufgestellten Wachen versehen ihren Dienst mit aufgepflanztem Seitengewehr. Der französische Kommandeur hat folgende Anordnung erlassen:

„Ansammlungen auf der Straße werden nicht geduldet. Herausforderungen durch Singen irgendwelcher Lieder sind nicht gestattet. Auf Anruf hat jede Person sofort stehen zu bleiben. Wird nicht sofort bei dem Ruf „Halt!" stillgestanden, dann erfolgt Gebrauch der Schußwaffe."

Ueber die Bochumer Zeitungen ist die Zensur verhängt worden. Nach Mitteilung von französischer Seite ist heute mit der Verhängung des Belagerungszustandes zu rechnen.

Französischer Einmarsch in Dortmund.

TU. Dortmund, 16. Januar.

Heute vormittag 11½ Uhr sind französische Truppen in Stärke von 15 Offizieren und 100 Mann Infanterie in feldmarschmäßiger Ausrüstung in Dortmund eingerückt. Der Oberbürgermeister forderte in einem Aufruf die Bevölkerung auf, Ruhe, Würde und Besonnenheit zu wahren.

Neue „Verfehlungen" Deutschlands.

TU. London, 17. Januar.

Die Reparationskommission in Paris stellte gestern fest, daß neue „Verfehlungen" Deutschlands bezüglich der Lieferungen von Kohle, Holz und Vieh vorliegen. Frankreich, Belgien und Italien stimmten für den Beschluß, der englische Delegierte enthielt sich der Stimme. England war vertreten durch Kemball Cook an Stelle von Sir John Bradbury, der unpäßlich ist.

Die Mitteilung an Deutschland.

Berlin, 17. Januar.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Reparationskommission hat heute der Kriegslastenkommission mitgeteilt, daß sie auf Grund der Einstellung der Kohlen-, Holz- und Viehlieferungen mit drei Stimmen gegen eine Stimmenthaltung des englischen Delegierten eine Verfehlung Deutschlands festgestellt und die alliierten Regierungen gemäß Paragraph 17, Anlage 2, Teil 8 des Versailler Vertrages hiervon in Kenntnis gesetzt habe. Im offiziellen Kommunique wird erklärt, daß die Anhörung deutscher Delegierter nicht mehr erforderlich erscheine, da die „vorsätzliche Verfehlung" offensichtlich wäre.

Die Schicksalsfrage.

Die Besetzung des Ruhrreviers durch die Franzosen und Belgier ist nicht ein bloßer Zwischenfall in der leidensvollen Geschichte der Nachkriegszeit, sondern ein weltgeschichtliches Ereignis, dessen Rückwirkungen auf die äußere und innere Politik ganz unberechenbar sind. War einmal ausgesprochen, daß ein Vertragsbruch vorliegt und daß die bewaffneten Eindringlinge widerrechtlich auf deutschem Boden stehen — und welcher Mensch, auch welcher gerecht denkende Franzose wollte das bestreiten! —, dann ergab sich daraus von selbst, daß die Deutsche Republik diesen Schlag auf ihre wirtschaftliche Lebensader nicht ohne Gegenwehr hinnehmen konnte. Der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, war so unmöglich, daß kein ernster Politiker auf den Gedanken der militärischen Abwehr verfiel. So blieb nur eins übrig: dem Gegner die Einsicht beizubringen, daß widerrechtliche Gewalt kein geeignetes Mittel ist, finanzielle Probleme zu lösen. Von einem klugen Franzosen stammt das Wort, mit Bajonetten könne man alles, man könne aber auf ihnen nicht sitzen. Jetzt soll gezeigt werden, daß man mit Bajonetten auch keine Kohlen graben, keine Kohlenzüge fördern, keine Wirtschaftsorganisationen regulieren, keine Staatsfinanzen verbessern kann.

Die widerrechtliche Gewalt stößt im Ruhrrevier nicht auf bewaffnete Abwehr, aber auf Widerwillen und seelischen Widerstand. Daß sie dadurch veranlaßt wird, ihren Druck zu verstärken, ist selbstverständlich. Hätten die Arbeiter weiter Ueberschichten verfahren, wäre das Kohlensyndikat in Essen geblieben und hätte es sich gehorsam den neuen Machthabern unterstellt, so wäre diese vielleicht in etwas gnädigerer Laune, als sie es jetzt sind. Aber ihr Erfolg wäre dann leicht und vollkommen gewesen, glatt und reibungslos hätten sie über die deutschen Kohlenschätze verfügt. Konnte dann der Sitz des Widerstandes weiter nach innen verlegt werden? Nein, die Widerstandslosigkeit des Ruhrreviers hätte die Widerstandslosigkeit des übrigen Deutschland zur Folge gehabt, und wir hätten alle Bedingungen des Siegers über uns ergehen lassen müssen.

Jetzt steht der Kampf. Er wird in Form von wirtschaftlichen Verhandlungen geführt, in denen die neuen Machthaber Forderungen erheben, die Einwohner des überfallenen Gebiets ihre rechtlichen und sachlichen Einwände geltend machen. Unerfüllt geblieben, verwandeln sich die Forderungen zu militärischen Befehlen. Auf Demonstranten wird geschossen, widerstrebende Verhandlungspartner werden mit Konfiskation ihres Eigentums und Einkerkerung bedroht. Zwangsläufig entfaltet sich der ganze Mechanismus der militaristischen Brutalität.

Daß die deutsche Wirtschaft unter diesem Kampf aufs furchtbarste leiden muß, versteht sich von selbst. Noch ist die Höhe der Leiden nicht erreicht, sie wird erst erreicht sein, wenn uns fühlbar wird, daß wir unsere Kohlenvorräte nicht mehr in der Hand haben. Niemand soll sich darüber täuschen, daß uns das Schlimmste noch bevorsteht — wenn auch heute schon der Dollar auf 16 000 geklettert ist.

Und Frankreich? Frankreich isoliert sich in der Welt, es zerrüttet seine Finanzen, statt sie aufzubessern, es stürzt sich in ein Chaos der imperialistischen Abenteuer, um einem unerreichbaren Ziel nachzujagen. Denn was jetzt noch innerhalb der deutschen Grenzen lebt, das will deutsch sein und deutsche bleiben. Die Zeiten sind vorbei, in denen inmitten Europas der Stiefel des Eroberers ganze Bevölkerungen niedertreten konnte, die Gewissen sind erwacht, der Geist der französischen Revolution lebt in den arbeitenden Massen und steht gegen den Geist Napoleons.

Trotz aller trennenden Gegensätze sind das deutsche Volk, der größte Teil des Auslandes und alle gerechtdenkenden Franzosen einig in dem Wunsche, daß die Politik der gegenwärtigen französischen Regierung eine Niederlage erleiden möge. In Frankreich möge man sich darüber nicht täuschen, daß es keine entschiedeneren Gegner dieser Politik gibt, als die deutschen Arbeiter. Es gibt ein Frankreich, das auf die deutschen Arbeiter hoffen und auf sie zählen kann, aber dieses Frankreich ist nicht das Frankreich Poincarés.

Was soll daraus werden? Niemand kann prophezeien, nur ein Ziel kann angezeigt werden, auf dessen Erreichung die deutsche Politik eingestellt sein muß. Das Ziel muß sein, mit der Gesamtentente, einschließlich Amerikas, zu Verhandlungen über das Reparationsproblem zu gelangen, dessen Lösung mit jedem Tage der Ruhrbesetzung sich weiter in Nebel verliert. Poincaré will aber nicht diese Gesamtverhandlungen, auf die Deutschland ein Recht hat, sondern er will mit Deutschland allein bleiben, er will es mit der Faust an den Verhandlungstisch schleppen und einen neuen französischen Siegfrieden diktieren, der jenen von Versailles nach den Wünschen des französischen Imperialismus korrigiert und die Herrschaft Frankreichs über Besiegte und Vasallen in Europa unerschütterlich aufrichtet.

So stehn die Dinge. Die Frage an das Schicksal ist, ob sich die Deutsche Republik solange halten wird, bis sich in Form eines Regierungswechsels in Frankreich und einer Wiedereinschaltung englischer und amerikanischer Einflüsse in die kontinentale Machtsphäre eine Wendung zum Besseren anbahnt. Kann sie das nicht, dann droht ihr eine Vernoll-

Ausnahmezustand über Memel.

TU. Königsberg i. Pr., 16. Januar.

Die Fernsprechverbindungen mit Memel wurden heute wieder hergestellt. Ueber Memel ist nach Nachrichten von dort der Ausnahmezustand verhängt. Die Presse ist unter Zensur gestellt worden. Die Franzosen befinden sich noch in der Kaserne. Die Litauer stehen am Eisenbahn-Uebergang vor der Kaserne. Es herrscht jedoch völlige Waffenruhe. Beim Kampf um die Präfektur sollen zwei Franzosen und ein Litauer getötet worden sein. Außerdem sind zwei Litauer beim Einmarsch gefallen. Oberbürgermeister Grabow wurde abends festgenommen. Ob er inzwischen wieder in Freiheit gesetzt worden ist, ist nicht bekannt.

Ein englisches Kriegsschiff im Memeler Hafen.

London, 17. Januar.

Ein englischer Kreuzer ist gestern in Memel eingetroffen. Auch von englischer Seite wurde nunmehr die Besetzung der Stadt und die Entwaffnung der Garnison bestätigt. Die Insurgenten sollen auch den Engländern gegenüber erklärt haben, daß sie keinesfalls beabsichtigen, mit der Entente Krieg zu führen.

Die größte Sorge des Augenblicks.

Korrespondenz B.S. meldet: Nachdem vom 1. August 1923 ab an ausscheidende Offiziere Uniformen des ehemaligen Heeres nicht mehr verliehen werden dürfen, ist dafür bestimmt worden, daß nach dem 1. August 1923 ausscheidenden Offizieren auf ihren Antrag hin die Berechtigung zum Tragen der Uniform desjenigen Truppenteiles des Reichsheeres verliehen werden kann, dem die Pflege der Ueberlieferung des ehemaligen Truppenteiles obliegt, dessen Uniform der Antragsteller beim Ausscheiden vor dem 1. Januar hätte erhalten können.

Erhöhung der Reichs- und Staatsarbeiterlöhne im Ruhrgebiet.

TU. Berlin, 16. Januar.

Der unter Verletzung des Versailler Vertrages erfolgte Einmarsch der Franzosen und Belgier verschärft die Wirtschaftslage und damit die Lebenshaltung in den betreffenden Ortschaften in der empfindlichsten Weise. Die Regierungen des Reiches und von Preußen haben daher ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Linderung der geschaffenen Not eine Zulage zu ihren Bezügen, Vergütungen und Löhnen bewilligt, deren Auszahlung alsbald erfolgt.

ständigung der im Weltkrieg erlittenen Niederlage, drohen neue innere Kämpfe um neue Schuldfragen und schwerste Erschütterungen, droht schließlich im Hintergrund — früher oder später — die große Auseinandersetzung zwischen Frankreich und der angelsächsischen Welt, **d e r z w e i t e W e l t k r i e g !**

Sozialdemokratie und Ruhrbesetzung.

In einem großen Teile der bürgerlichen Presse werden Versuche unternommen, die Haltung, die die Sozialdemokratie in der Angelegenheit der Ruhrbesetzung einnimmt, in dem Sinne zu entstellen, als ob unsere Partei in der Abwehr des französischen Rechtsbruchs nicht genügende Entschiedenheit entwickele. Das ist entweder ein völliges Verkennen der sozialdemokratischen Gedankengänge oder absichtliche Irreführung zu parteipolitischen Zwecken.

Gerade die Sozialdemokratische Partei war es, die seit Jahr und Tag den Kampf gegen die drohende Ruhrbesetzung führte. Ihr ist es im Mai 1921 gelungen, gemeinsam mit dem einsichtigen Teil der bürgerlichen Parteien die Besetzung des Ruhrreviers durch die Gesamtentente zu verhindern. Ein Kampf um das Ruhrrevier gegen die Gesamtentente wäre ganz aussichtslos gewesen. Wenn dieser Kampf jetzt nun gegen Frankreich und seinen halb unfreiwilligen Vasallen Belgien zu führen ist, wenn Frankreich die Ruhrbesetzung mit der Sprengung der Entente und der eigenen Isolierung zu bezahlen hat, kurz, wenn der Kampf heute mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann, so ist es wesentlich ein Verdienst der Sozialdemokratie.

Der gegenwärtige Kampf um das Ruhrrevier ist ein Kampf ums Recht. Die Sozialdemokratie ist sich dessen bewußt, daß es ihre Aufgabe ist, ihn mit dem größten Aufwand von Energie zu führen und daß sie dabei in die vorderste Reihe gehört. Darum sieht sie es mit Besorgnis, daß sich in diese vorderste Reihe Elemente zu drängen versuchen, die selbst im Nachtrab kaum zu ertragen sind, weil sie den Erfolg der Aktion gefährden. Nicht in Hurrastimmung, sondern nur mit kaltblütiger Entschlossenheit kann der Kampf geführt werden. Nicht große Redensarten, sondern nur klare Umsicht und Ueberlegenheit bei der Wahl der Mittel kann das Recht, das unzweifelhaft auf Deutschlands Seite ist, zum Sieg führen.

Aus diesen Gesichtspunkten wird die Sozialdemokratie auch die Maßnahmen der Regierung zu prüfen haben. Wenn alles aufgeboten wird, um den Eindringlingen zu zeigen, daß sie mit ihrem militaristischen Vorgehen weder Lorbeeren noch Reichtümer ernten werden, so ist das durchaus zu billigen. Nur dadurch kann dem noch besserer Einsicht zugänglichen Teile des französischen Volkes die Erkenntnis beigebracht werden, daß sich ihre Regierung in eine ausweglose Sackgasse verrannt hat. Auch würde das übrige Ausland es nicht verstehen, wenn sich die deutsche Republik widerstandslos der unrechtmäßigen Gewalt des französischen Imperialismus beugen würde. Es besteht also Einverständnis darüber, daß Deutschland seine letzten Rechte nicht kampflos preisgeben darf, sondern daß es kämpfen und seine Waffen dazu aus der Rüstkammer des Rechts und der Wirtschaft holen muß.

Kritik an einzelnen Abwehrmaßnahmen, wie sie von sozialdemokratischer Seite geübt wurde, kann also nur den Zweck haben, die Methoden der Abwehr zu verbessern, nicht aber den, die Kraft des Widerstandes gegen den Rechts- und Friedensbruch Frankreichs zu schwächen. Zur Verbesserung der Methoden gehört aber vor allem auch die Erhaltung des Vertrauens in den Massen der arbeitenden Bevölkerung, daß das Möglichste getan werden wird, um ihre furchtbar schwere Lage zu erleichtern. Nörgelnde Kritik bloß der Kritik willen oder gar die Absicht, beiseite zu stehen, wo es sich um die letzten demokratischen Rechte der Selbstbestimmung handelt, liegt der Sozialdemokratie völlig ferne. Sie ist sich der weltgeschichtlichen Bedeutung der Tage, die sie durchlebt und der auf ihr lastenden Verantwortung für die Zukunft der deutschen Republik vollauf bewußt.

Eine Kundgebung der englischen Arbeiterpartei.

Der Nationalrat der **Independent Labour Party** hat an die Mitglieder der sozialistischen Arbeiterparteien Frankreichs, Belgiens und Deutschlands im Augenblick der Besetzung des Ruhrgebiets ein Schreiben gerichtet, in dem er die Gegnerschaft der englischen Arbeiter „gegen die verhängnisvolle Gewalttat“ verkündet. In England gebe es tatsächlich nur eine Meinung über diesen Gegenstand. Der Brief soll „eine Botschaft heißer Sympathie“ an die deutschen Arbeiter „in der grausamen Prüfung“ sein. Es heißt in ihm: **„Wir begreifen vollkommen, daß die Besetzung der Ruhr einen Schlag bedeutet, nicht allein für die Arbeiter dieses Gebietes, die die Sklaven eines fremden Ausbeuters geworden sind, sondern auch für das gesamte wirtschaftliche Leben Deutschlands. Der Militarismus der Sieger enthüllt nur allzu deutlich bereits im Rheinland wie auch an der Ruhr den Unsinn des Geheimvertrages, der auf die Beseitigung dieses linksrheinischen Territoriums vom deutschen Vaterlande hinzielt. Ebenso wie wir gegen den Imperialismus der englischen regierenden Klasse Front machen, wenn er einen Krieg anfacht, um Petroleum und Territorien im Orient zu erwerben, so durchschauen wir klar die Pläne, die den französischen Kapitalismus dazu bewegen, die Kontrolle der deutschen Kohlenproduktion zu erlangen und die Ziele des französischen Nationalismus zu verfolgen. Seit dem Waffenstillstand hat die Politik der Sieger die deutsche Republik entkräftet, die Kräfte der Reaktion und des Militarismus gestärkt und die Arbeiter Zentral-Europas in eine Armut gestürzt, die die Kultur selbst gefährdet. Auch wir sind nicht von diesen Folgen [illegible], denn der Ruin Europas ist die Erklärung für die Arbeitslosigkeit, unter der wir leiden. Indem wir Euch unsere Grüße und Ermutigungen senden, geben wir euch die Versicherung, daß wir gearbeitet haben und immer arbeiten werden für die Revision des Friedens, den der Imperialismus der Sieger unserem Land und Eurem Land auferlegt hat.“**

Das Schreiben begrüßt, daß die Genossen in Frankreich und Deutschland sich über den Widerstand verständigt haben und erklärt, daß die englischen Arbeiter auf die Streichung der französischen Schuld an England ebenso wie auf den Verzicht Englands auf seinen Reparationsanteil hingearbeitet haben. Von der Besetzung des Ruhrreviers wird gesagt, daß sie mehr als irgend etwas anderes die einst herzlichen Gefühle des englischen Volkes gegen Frankreich vergiftet. Zum Schluß heißt es: „Die Pflicht aller Bürger in einer für ganz Europa so gefahrdrohenden Stunde ist, diejenigen, die unter diesem neuen Uebel leiden, und diejenigen, die vergeblich dagegen angekämpft haben, zu vereinigen im Sinne unserer Solidarität als Arbeiter und Sozialisten.“

Englische Besorgnisse.

L o n d o n , 16. Januar.

„Westminster Gazette“ zufolge wartet die Regierung die Ereignisse und die Entwickelung im Ruhrgebiete weiterhin ab, mit einiger Besorgnis bezüglich der Lage, aber nicht in der Absicht zu intervenieren. Man sei nicht der Ansicht, daß die französische Besetzung Bochums das Ende der Aktion bedeute; nichts könne die Franzosen davon abhalten, nach Berlin zu marschieren.

„Daily Mail“ tritt dafür ein, daß Großbritannien und Frankreich wieder zusammenkommen und eine gemeinsame Politik befolgen. „Times“ treten dagegen der französischen militärischen Aktion mit ernsten Worten entgegen. Das Blatt schreibt, die Wahrheit sei, daß die Geschichte Europas einen plötzlichen Sprung in eine neue Sphäre getan habe. Das allgemeine Reparationsproblem, wie es alle Alliierten berühre, könne in den Hintergrund treten und Erwägungen strategischen und politischen Charakters Platz machen. Dann würde eine neue Lage in Europa geschaffen werden und eine solche Lage würde die Aufmerksamkeit selbst der ruhigsten aller britischen Regierungen erfordern. Die ungarischen Ueberfälle auf Rumänien und die litauischen Ueberfälle auf Memel seien Symptome einer neuen Unruhe. Die gesamte wirtschaftliche Zukunft sei wieder unsicher und dunkel. Die Franzosen hätten durch die Aktion im Ruhrgebiet eine furchtbares Risiko auf sich genommen, nicht nur bezüglich des Reparationsproblems, sondern auch des Friedens Europas und der ganzen Welt. Es wäre zu begrüßen, wenn der Lauf der Ereignisse die britischen und französischen Ansichten wieder in Einklang bringen würde. Das französische Experiment müsse endgültigen Erfolg haben oder endgültig scheitern.

Die Kulturbringer.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag auf dessen mehrfache Wünsche eine Denkschrift über die Ausschreitungen der Besatzungstruppen im besetzten rheinischen Gebiet zugehen lassen. Die Denkschrift umfaßt 300 Fälle. Mehr als die Hälfte, nämlich 170, beziehen sich auf Sittlichkeitsdelikte und je 65 auf vorsätzliche Tötungen und Mißhandlungen. Das in der Denkschrift mitgeteilte Material beruht ausnahmslos auf amtlichen Berichten, die einer wiederholten Nachprüfung unterzogen wurden. Es ist der Regierung leider nicht möglich gewesen, jede einzelne Ausschreitung der Besatzungsbehörden zur Kenntnis der deutschen Oeffentlichkeit zu bringen: Die Denkschrift der Regierung beschränkt sich daher nur auf die schwersten Fälle. Nicht erwähnt sind z. B. die zahlreichen Fälle von Belästigungen, denen die Frauenwelt ausgesetzt ist, von Roheitsdelikten, die einen glimpflichen Ausgang genommen haben, sowie die vielen Fälle, in denen Deutsche durch Fahrlässigkeit von Besatzungsangehörigen zu Tode oder zu Schaden gekommen sind. Empörend ist, daß in den meisten Fällen und insbesondere da, wo es sich um Sittlichkeitsdelikte handelt, die Täter zumeist nicht ermittelt oder dann nur zu ganz geringfügigen Strafen verurteilt wurden. Der größte Teil der Sittlichkeitsdelikte ist auf das Konto der schwarzen Truppen zu setzen. 88jährige Frauen sind vor diesen Kulturträgern ebensowenig sicher wie 3½jährige Kinder. Die ganze Denkschrift ist eine einzige Anklage gegen die unerhörte Kulturschande, die darin besteht, daß halbwilde Völker auf ein Volk losgelassen werden, das auf so hoher Kulturstufe steht, wie das deutsche. Es soll nicht verschwiegen werden, daß einzelne deutsche Soldaten sich während des Krieges ähnliche Delikte haben zuschulden kommen lassen, es soll nicht bestritten werden, daß manche Vergewaltigung recht zweifelhaften Charakters ist. Aber auch dann, wenn man das in Berücksichtigung zieht, bleibt wahrhaftig Material genug übrig, das uns trotz unserer eigenen Sünden berechtigt zu der Forderung nach Beseitigung der schwarzen Truppen aus Deutschland. Die Denkschrift der Regierung kann allen an der Besetzung der Rheinlande beteiligten Regierungen und auch den neutralen nur zur ernsthaftesten Prüfung empfohlen werden. Es wird niemanden geben, der nach Bearbeitung des umfangreichen Materials behaupten wird, der Militarismus sei ein Kulturträger und Frankreich sei berechtigt, die Schwarzen als Vorkämpfer der Zivilisation am deutschen Rhein zu lassen.

Reichstag.

In einer nur kurzen Sitzung verabschiedete der Reichstag am Dienstag in allen drei Lesungen eine Abänderung der **P r e s s e n o t g e s e t z e s**. Die Reichsregierung hatte beantragt, die Abgabe von den Holzverkäufen zugunsten des Rückerstattungsfonds an die Presse von ½ % auf 1½ % zu erhöhen. Der Reichsrat billigte nur eine Erhöhung auf 1 %. Im Reichstage aber wurde von allen Parteien ein Antrag angenommen, die Abgabe auf 2 % zu erhöhen. Besonders eindringlich schilderte bei der Beratung des Gesetzentwurfes unser Genosse Richard Fischer die Notlage der deutschen Presse. Er sagte, wenn sich die Dinge so weiter entwickelten, würden sehr bald nur noch Mammuth-Kapitalisten Zeitungen herausgeben können, und die ganze öffentliche Meinung Deutschlands werde dann von ein paar sehr reichen Leuten kontrolliert werden. Die Hauptursache der Pressenot seien die enormen Holzpreise, die wieder entsprechend die Papierpreise in die Höhe trieben. Die „Vorwärts“-Druckerei brauche jetzt monatlich für 25 Waggons Papier etwa 140 Millionen Mark. Das sei dem Betrage nach in Friedenszeiten der Jahreshaushalt eines mittleren deutschen Bundesstaates gewesen. Besonders notleidend sei auch die Presse im besetzten Gebiet, die, wenn nicht dem Holzwucher gesteuert werde, allmählich von den deutschfeindlichen mit der hohen Valuta finanzierten Zeitungen zurückgedrängt werden müßten. In der Erkenntnis dieser Notlage erklärte unser Redner, daß sich unsere Partei mit der Abgabe von 2 % von den Holzverkäufen, der sie gewiß zustimme, nicht zufrieden geben könne. Deshalb beantragte unsere Fraktion, daß zur Versorgung der Tagespresse für die Zeit vom 1. April 1923 monatlich 90 000 Raummeter Papierholz aus den Staatswaldungen und aus den Privatwaldungen zu bedeutend ermäßigtem Preise für die Papierfabrikation zur Verfügung gestellt werden sollen. Einen derartigen Antrag hat unser Genosse Robert Schmidt schon vor zwei Jahren in seiner Eigenschaft als Reichswirtschaftsminister ausgearbeitet; jedoch wurde dieser Plan vom Reichsrat zunichte gemacht. Die deutsche Presse wäre nicht in der furchtbaren Bedrängnis, wenn schon vor zwei Jahren dieser sozialistischen Anregung gegen den Holzwucher stattgegeben worden wäre. Aber auch jetzt noch sträuben sich die bürgerlichen Parteien, das Einzige zu tun, was zur Rettung der Presse geschehen muß. Aus Furcht, daß auf irgend einem Gebiete wieder die Zwangswirtschaft eingeführt werden könne, erhoben sie Bedenken über Bedenken gegen den sozialdemokratischen Antrag auf eine Holzumlage zu verbilligtem Preise. Sowohl der demokratische Redner, wie der der Deutschen Volkspartei und der der Deutschnationalen versuchten zu bestreiten, daß Holzwucher bestehe und erklärten, der Antrag der Sozialdemokraten müsse erst einmal im Ausschuß sehr eingehend geprüft werden. Unser Antrag wurde also dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen. Es ist Sache der deutschen Presse, dafür zu sorgen, daß dort die sozialdemokratische Anregung diesmal in zwölfter Stunde günstiger behandelt wird als vor Jahren im Reichsrat.

Mehrere kleinere Gesetzentwürfe wurden in dritter Lesung verabschiedet, so eine Aenderung des Weingesetzes und die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Die neuen Getreidepreise.

Die Reichsgetreidestelle hat, wie die PPN. melden, mit Wirkung vom 15. Januar ab die Abgabepreise für die Tonne **Roggen auf 197 000 Mk., für die Tonne Weizen auf 212 000 Mk.** heraufgesetzt. Dem entsprechend beträgt der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl 27 000 Mk. und für den Doppelzentner Weizenmehl 29 000 Mark.

In einer längeren Begründung zu diesem Beschluß wird darauf hingewiesen, daß bei einer Versorgung der Bevölkerung mit 200 Gramm Mehl pro Kopf und Tag 4.3 Millionen Tonnen im Jahre benötigt werden, die zu gleichen Teilen aus aus- und inländischem Getreide bestehen. Im Monat Dezember stieg der Preis für ausländischen Weizen auf 408 000 Mk., für ausländischen Roggen auf 340 000 Mk. Aus dieser Tatsache ergab sich die Notwendigkeit, die Abgabepreise zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesen Preisen nicht nur der Getreidepreis, sondern auch die an die Kommunalverbände zu zahlende Erfassungsvergütung in Höhe von 7000 Mark pro Tonne Getreide, ferner die hohen Transportkosten, die Kosten für die Lagerung und Verzinsung, weiter die Verluste durch Gewichtsmanko und Beschaffungsmängel enthalten sind. Die Geschäftskosten der Reichsgetreidestelle haben dagegen im Wirtschaftsjahre 1922/23 nur 77,17 Mk. pro Tonne betragen, was gleich 3½ Pfennig für ein Pfund Brot ist. Der Getreidepreis macht im Durchschnitt zurzeit etwa 60 Proz. des Brotpreises aus, wobei nach dem gegenwärtigen Stand der Ankäufe 27 Prozent auf das Umlagegetreide entfallen. Die restlichen 40 Prozent des Brotpreises entfallen auf die Kosten für das Getreidevermahlen, die Transportkosten, die Unkosten der Kommunalverbände für die Verteilung sowie die Kosten des Backens und Verkaufs des Brotes.

Reichswirtschaftsrat.

Die Vollsitzung des Reichswirtschaftsrates am Dienstag eröffnete der für das Jahr 1923 neugewählte Vorsitzende, Genosse Leipart, mit der Erklärung, daß sich auch der Reichswirtschaftsrat dem Proteste der Reichsregierung, des Reichstages und des ganzen deutschen Volkes gegen die Vergewaltigung des Ruhrgebietes anschließe. Auch der Reichswirtschaftsrat werde alles tun, um die Fremdherrschaft abzukürzen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff dann Reichswirtschaftsminister Dr. Becker das Wort. Er kennzeichnete in großen Strichen den brutalen Gewaltakt Frankreichs und Belgiens, ging kurz auf die Verfehlungen Deutschlands bei den Holz- und Kohlenlieferungen ein, die als Vorwand für den Einmarsch in das Ruhrgebiet herhalten mußten und gab ein Bild der Folgen auf sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Kohlenproduktion des Ruhrgebietes sei bereits um 15—20 % zurückgegangen. Die Drohung mit der Beschlagnahme der Kohlen sei ein neuer Gewaltakt, der sogar der Haager Landkriegsordnung widerspreche. Auch die angedrohte Beschlagnahme der Kohlensteuer wäre ein grober Bruch des Völkerrechts. Zwar könne die Regierung auch das nicht verhindern, sie sei aber gerüstet und werde diejenigen Maßnahmen treffen, die geeignet sein werden, auch jene Gewaltmaßnahme zu vereiteln. Die Bedenken aus der Verlegung des Kohlensyndikats versuchte der Reichswirtschaftsminister zu zerstreuen, um dann die schweren wirtschaftlichen Gefahren, denen wir entgegengehen, darzulegen. Wir würden für die nächste Zeit mit einer starken Verteuerung der Lebenshaltung, mit Einstellung und Einschränkung der Betriebe und mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Diese Gefahren könnten wir nur dann sicher bestehen, wenn wir einig zusammenständen. Die Reichsregierung kenne ihre Pflicht und werde sie bis zum Letzten erfüllen in der Ueberzeugung, daß sie dabei die Unterstützung des ganzen Volkes, vor allem aber auch der Wirtschaftskreise haben werde.

Für das besetzte Gebiet gab dann der christliche Gewerkschaftler Breddemann-Essen eine Erklärung ab, in der er die tiefste Entrüstung und Empörung der Bevölkerung des Ruhgebietes zum Ausdruck brachte. Im Namen aller Volksgenossen des Ruhrgebietes legte er das Gelöbnis unwandelbarer Treue zum Gesamtvolke und zum Gesamtvaterlande ab und versprach, dem übrigen Deutschland die Treue zu halten, um die das Volk an der Ruhr selbst bitte.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung billigte dann der Reichswirtschaftsrat die von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen, insbesondere den darin zum Ausdruck gebrachten festen Willen des deutschen Volkes, den übernommenen Verpflichtungen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nachzukommen.“ Die Besetzung des Ruhrgebietes habe jedoch den angestrebten Ausgleich mit Frankreich unmöglich gemacht.

Wo sitzen Verräter?

Der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen wir die folgende Notiz, deren Inhalt, wenn er zutreffen sollte, allerdings für die KPD. vernichtend wäre:

„Keine kommunistische Versammlung, in der die Sozialdemokraten nicht des Verrats bezichtigt werden. Wo die Verräter wirklich sitzen, das zeigt ein Vorgang, den wir aus zuverlässiger Quelle erfahren und der heute in den Spalten aller mitteldeutschen Blätter zu finden ist.

Es war auffällig, daß die Attentäter auf die Halleschen Denkmäler so merkwürdig schnell gefunden wurden. Während das kommunistische Organ in Halle wütend diese Tat als einen Akt von Faszistenbanden darstellte, wurden nach den obigen Quellen der Polizei von dem Leiter dieses Organs, von dem preußischen Abgeordneten **S c h n e t t l e r**, Fingerzeige gegeben, um der Täter habhaft zu werden. Für die Erfassung der Attentäter waren von der Staatsanwaltschaft eine Million und von den bürgerlichen Parteien eine weitere Million Belohnung ausgesetzt. Es wird mitgeteilt, daß die erste Million **e i n e m M i t g l i e d e d e r k o m m u n i s t i s c h e n J u g e n d o r g a n i s a t i o n** zugesprochen worden sei. Das aber nur nebenher. Festzustellen ist, daß der Leiter eines kommunistischen Organs, ein **k o m m u n i s t i s c h e r L a n d t a g s a b g e o r d n e t e r**, der Polizei Mitteilung machte, damit der Unionist Werner, der bis zum Dezember v. J. Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation war, den Gerichten ausgeliefert werden konnte.

Wir haben gegen die unsinnigen Gewaltakte jederzeit Stellung genommen. Wir haben den mitteldeutschen Putsch mit seinen Gewaltaktionen, die den obengenannten Werner als Mitglied der kommunistischen Partei im Vordergrunde sahen, mit allen Mitteln bekämpft. Wenn nun aber ein durch die kommunistischen Wahnsinnsideen verleiteter Mann sich zu weiteren Gewaltionen hinreißen ließ, dann liefert ein kommunistischer Redakteur und Landtagsabgeordneter der Polizei das Material aus, damit ihre einstigen Kampfgenossen hinter Schloß und Riegel kommen.

Wahrlich, die Kommunisten haben es herrlich weit gebracht!“

Zu den Kundgebungen am Trauersonntag.

Der französisch-belgische Einbruch ins Ruhrrevier wühlt allen Zorn und alle Leidenschaften im deutschen Volke auf. Wenn der französische Ministerpräsident, dem seine Kammer des „nationalen Blocks“ alle Vollmachten gibt, nichts anderes beabsichtigt hätte, als dem Nationalismus in Deutschland Wasser auf die Mühlen zu treiben, so hätte er mit seiner militärischen Gewalt diese Aufgabe voll erfüllt und könnte sich beruhigt schlafen legen. Denn es ist gar kein Zweifel, daß auch das geduldigste, vom Krieg zermürbte Volk anfängt, nach dem Zweck solcher Waffenübungen zu fragen, wie sie im Auftrage Poincares jetzt der General Degoutte in Essen, Bochum, Dortmund prozediert. Daß man sich schließlich auch in sozialistischen Arbeiterkreisen die Frage stellt, welchen Sinn noch Friedensverträge und Erfüllungsbereitschaft haben können, wenn es dem einen in Waffen starrenden Vertragspartner gestattet ist, über den anderen, entwaffneten Partner mit allen Mitteln moderner Kriegsführung herzufallen.

Die Sozialdemokratie hat von jeher für die Verständigung der Völker gewirkt. Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Weltkrieges hat sie — in jedem Lande! — für die Einschränkung der Rüstungen und für eine Politik des Friedens sich eingesetzt. Und auch, als der Blutrausch des Weltkrieges über Europa flutete, blieb die deutsche Sozialdemokratie sich darin einig, daß am Schlusse dieses großen Ringens von keiner Vergewaltigung irgendeines Volkes die Rede sein dürfe. Das galt selbstverständlich auch für das deutsche Volk. Nun aber erleben wir seit dem Waffenstillstand, der auf Grund der 14 Punkte Wilsons abgeschlossen wurde, einen Gewaltakt nach dem andern, der sich gegen deutsche Grenzen, deutsche Wirtschaft und gegen das Lebensinteresse des deutschen Volkes richtet.

Angesichts dieser Tatsachen ist es nicht erstaunlich, wenn das Gefühl der Empörung gegen den französischen Imperialismus auch in den Kreisen des deutschen Volkes aufloderte, die nichts mit dem „patriotischen“ Maulheldentum der Vergangenheit und Gegenwart gemein haben wollen. der letzte Sonntag lieferte von dieser Entwicklung einen unwiderleglichen Beweis. Die Sozialdemokratie hatte es abgelehnt, sich an gemeinsamen Kundgebungen mit den Deutschnationalisten zu beteiligen, weil ihre Beurteilung der Vorgänge im Ruhrgebiet von anderen Voraussetzungen ausgeht und zu anderen Schlußfolgerungen kommen muß. Deshalb war die große Protestaktion der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen im Reich wie in Berlin von größerer Eindringlichkeit, als gewisse Erscheinungen bei den Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien, bei denen die Deutschnationalen die geistige Führung an sich gerissen hatten. In Berlin fanden nicht weniger als fünfzehn, zumeist überfüllte Protestversammlungen statt, die von der Vereinigten Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften einberufen waren.

Die bürgerlichen Parteien von Hergt bis Schücking hatten — unter Aufhebung des Gesetzes über die Bannmeile — eine Demonstration vor dem Reichstag veranstaltet. Während aber in den sozialdemokratischen Veranstaltungen bei allem Ernst des Willensausdrucks doch die Vernunft der Empörung regelnd zur Seite trat, kam es im Verlauf der Demonstration auf dem „Königs“-Platze zu nationalistischen Ausschreitungen, die gerade im Interesse des deutschen Volkes aufs tiefste bedauert und aufs entschiedenste verurteilt werden müssen. Zwar waren die Gebäude der Ententebotschaften durch starke Polizeiaufgebote vor jeder Ueberraschung gesichert. Aber daß Trupps besonders begeisterter Nationalisten vor einzelnen Hotels Kundgebungen gegen dort untergebrachte Ententeoffiziere veranstalteten, konnten leider nicht völlig verhindert werden, da nun einmal auf Betreiben der bürgerlichen Reichstagsmehrheit und der Reichsregierung das Verbot, innerhalb der Bannmeile öffentlich zu demonstrieren, zeitweilig außer Kraft gesetzt war.

Wir aber haben gegenüber solchen Entgleisungen die Pflicht, zur Mäßigung zu mahnen. Deutschland braucht in der Welt Sympathien, die schwer genug sich durchzuringen begannen. Es wäre ein frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes, wenn der nationalistische Unverstand wieder Oberhand gewinnen sollte. So entschieden sich die Sozialdemokratie und die gewerkschaftlichen Verbände gegen die französisch-belgische Gewalttat wenden, so energisch rücken sie ab von dem Toben jenes Volksteiles, der die Freiheit der Straße mißbraucht, um durch Ausländerhetze das Ansehen des deutschen Volkes vor der Welt zu zerstören.

Gaben schon die Berliner Vorkommnisse zu solchem Einspruch allen Anlaß, so noch mehr die Vorfälle, die in München sich die nationalistische Garde der Hitler-Ludendorff gegen sozialistische Arbeiter dauernd leisten und auch am Sonntag nicht unterließen. Die Nachricht, daß ein führendes Blatt der bayerischen Volkspartei der Wiedereinsetzung der Einwohnerwehren das Wort redet, kennzeichnet drastisch die nationale Gefahr, die uns neben der französischen droht.

Die hartnäckigen Hohenzollern.

In dem gestern vom Kammergericht entschiedenen Prozeß des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gegen den preußischen Finanzminister um die bei Berlin zwischen Zehlendorf und Wannsee belegene Herrschaft Düppel-Dreilinden hat das Kammergericht das Eigentum an diesen Besitzungen in vollem Umfange dem Prinzen zuerkannt und den Finanzminister verurteilt, die Kosten beider Instanzen zu tragen. Es handelt sich um ausgedehnte Forst- und Landflächen im Werte von mehreren hundert Millionen. Es ist erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit die Hohenzollernprinzen dem Staat ein Stück des noch strittigen Besitzes nach dem anderen aus der Hand zu reißen suchen.

Volkswirtschaft.

Wertbeständige Anleihen und Papiere.

Dem sächsischen Landtag ist eine Gesetzesvorlage zugegangen, durch die das Finanzamt ermächtigt wird, zum Ausbau der staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke die Bestände der Landeshauptkasse bis zu 3 Milliarden Mark durch Aufnahme einer oder mehrerer Anleihen zu verstärken. Dem Finanzministerium wird anheimgestellt, die in den Schuldverschreibungen zu verbriefenden Verpflichtungen des Staates nicht auf Mark- oder ausländische Währung, sondern auf Sachwerte zu stellen, so wie die Oldenburgische Kreditanstalt in ihren Roggenanweisungen und Mecklenburg-Schwerin in seiner Roggenwertanleihe es getan haben. Gemeint dürfte damit das außerordentlich wertvolle Kohlenvorkommen in Sachsen sein, das bekanntlich zu einem überwiegenden Teil in der Hand des Staates ist. Wie in Hirschfelde, so soll auch in Boehlen ein erheblicher Teil der Kohlen zur Erzeugung von Elektrizität verwendet werden. Das bereits im Betrieb befindliche Großkraftwerk Hirschfelde ist nach und nach bis zu einer Leistung von 85 500 Kilowatt ausgebeutet worden und versorgt einen großen Teil Sachsens mit elektrischem Strom. Zur Befriedigung des ständig wachsenden Strombedarfs und zur Sicherung der Versorgung ist die Errichtung einer zweiten großen Kraftanlage in Boehlen in Aussicht genommen, das zusammen mit Hirschfelde und mit dem Reichskraftwerk Lauta eine Leistung von 160 000 Kilowatt und von jährlich 700 Millionen Kilowatt hervorbringen wird.

Auch die badische Kohlenwertanleihe, von der wir schon zu verschiedenen Malen berichtet haben, soll ja der Elektrizitätsgewinnung durch Ausbau des Murgwerkes dienen. Das Badenwerk erzeugt elektrischen Strom lediglich durch Wasserkraft, infolgedessen also sehr billig. Aus den Mitteln der Anleihe soll der zweite Ausbau des Werkes vollendet werden, nach dessen Inbetriebnahme das Badenwerk jährlich 100 Mill. Kilowattstunden erzeugen wird, die einem Werte von jährlich 250 000 To. Kohle entsprechen. Das Murgwerk, erster und zweiter Ausbau, die beide für die Kohlenwertanleihe dinglich belastet werden, würden also unter heutigen Verhältnissen für die sechsprozentige Annuität einer Anleihe im Geldwerte von rund vier Millionen Tonnen Kohle, ab Zeche, ausreichen. Selbst wenn der Bedarf der vom Badenwerk versorgten Industrie auf die Hälfte herabgehen sollte, so würde das Murgwerk immer noch die sechsprozentige Annuität einer Anleihe im Gesamtwerte von etwa 2 Millionen Tonnen Kohle tragen können. Uebrigens ist die erste Serie von 125 000 Tonnen der Baden-Werk-Kohlenwertanleihe bereits überzeichnet. Weitere Serien sollen nächste Woche zur Auflegung gelangen.

Zu den Unternehmungen, die bisher zu „Festmarkemissionen“ geschritten sind, tritt jetzt nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ die Deutsche A.-G. für Landeskultur (Berlin). Sie läßt dreizehnjährige Schuldverschreibungen ausstellen. Die Ausstellung lautet auf den Goldwert von Roggen und auf 5 Proz. Verzinsung mit einer bemerkenswerten Neuerung: der Inhaber kann Umwandlung der Roggenschuld in eine reine Goldschuld mit kurzer Frist verlangen, sofern der Roggenpreis längere Zeit hindurch unter einem noch festzusetzenden Minimum bleibt, und sofern der Meliorationsverband sich nicht durch Roggenwertrückzahlung dann überhaupt befreit.

Natürlich hat der neuerliche Verfall der Mark und die damit in Zusammenhang stehende Verteuerung aller Sachwerte auch eine Erhöhung der Ausgabepreise der wertbeständigen Anleihen zur Folge. So erhöht sich, mit Rücksicht auf die im Zusammenhang mit der Markentwertung eingetretene Erhöhung der Roggenpreise der Ausgabepreis einer auf 150 Kilogramm lautenden (am 1. April 1927 zurückzahlbaren) oldenburgischen Roggenanweisung der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg von 32 195 Mk. vom 10. Januar an auf 40 500 Mk.

Durch die Schaffung der Kohlenanleihen wird für den Markt dieser neuen wertbeständigen Anlagepapiere eine größere Grundlage geschaffen. Bei den großen Preisschwankungen, denen die verschiedenen Waren in Zeiten normaler Wirtschaftslage ausgesetzt sind, ist es durchaus nicht erwünscht, wenn Wertpapiere geschaffen werden, die sich ausschließlich nach dem Wert einer einzigen Ware bemessen. Da es sich bei allen diesen Papieren mehr um Spar- als um Spekulationspapiere handelt — wobei nur zu bedauern ist, daß man sie nicht auch in kleineren Stücken ausgibt, um die Kleinsparer daran zu interessieren —, kommt es mehr darauf an, daß die Erhaltung des Wertes durch den Charakter der Papiere bedingt ist, als daß man hier Gewinnchancen schafft, denen auf der andern Seite auch Verlustmöglichkeiten gegenüberstehen. Eine allzu weitgehende Schaffung von Roggenpapieren würde zum Beispiel auch das Interesse vieler Kreise der verbrauchenden Bevölkerung an einem hohen Roggenpreise wecken, und das wäre eine höchst unerwünschte Folge. Im übrigen wäre es an der Zeit, daß man versucht, diese jetzt planlos ausgegebenen wertbeständigen Anleihen unter einheitlichen Gesichtspunkten zu beaufsichtigen.

Es muß angesichts des großen Interesses, dem die wertbeständigen Papiere überall begegnen, immer wieder die Frage erhoben werden, warum das Reich nicht endlich im Zusammenhang mit einer energischen Stabilisierungsaktion an die Ausgabe wertbeständiger Goldschatzanweisungen herantritt, um endlich die steigende Papiergeldflut, an der wir zu ersticken drohen, zu bannen und die Grundlage für eine Gesundung unserer Währung zu legen. Der Erfolg, den die wertbeständigen Anleihen überall gefunden haben, zeigt, daß es sich hier nicht um ein gefährliches Experiment handeln wird, sondern um ein Unternehmen, dessen Erfolg aus den psychologischen Voraussetzungen heraus, die die ständige Geldentwertung geschaffen hat, gewährleistet ist.

Devisen-Kurse.

Berlin, 17. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		16. Januar.	15. Januar.
Amsterdam	1 fl.	6433.87	4663.31
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1014.97	748.12
Kristiania	1 Kr.	2892.75	2169.56
Kopenhagen	1 Kr.	3167.06	2344.12
Stockholm	1 Kr.	4989.—	3162.08
Helsingfors	1 finn. Mk.	410.97	299.25
Rom	1 Lire	798.—	583.53
London	1 £	75311.25	55062.—
New York	1 Doll.	16608.37	11845.31
Paris	1 Frs.	1107.20	815.05
Zürich	1 Frs.	3117.18	2224.42
Madrid	1 Peseta	2583.51	1850.36
Wien	100 Kr.	22.94	16.90
Prag	1 Kr.	453.85	339.15
Budapest	1 Kr.	6.38	4.67

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

1.

Ich bin weder Oberinspektor noch Direktor beim Steueramt — das bitt ich euch mir zu glauben; ich kenne auch nicht alle Dörfer im Bezirk der Nievre — trotzdem möchte ich mit jedem der obengenannten Herren Beamten wetten, daß das niedlichste von allen Dörfern das Dörfchen Armes ist. Dieses Dorf liegt an der Straße die von Clamecy nach Avallon führt, acht Meilen von Avallon und zwei Schritt von Clamecy entfernt. Aber die Stadt Clamecy zieht das Dörfchen unablässig an sich und wird es zuletzt verschlingen, wie die Erde es mit einem unvorsichtigen Meteorstein macht, der beim Kreisen ihr allzu nahe kommt.

Wenn ihr euch bei den letzten Häusern der sogenannten Bethlehemvorstadt eine Zigarre ansteckt, so werdet ihr sie noch nicht zu Ende geraucht haben, wenn ihr in Armes eintreffet. Ihr alle, die ihr im Umkreise von drei Meilen um Clamecy wohnt, macht euch auf und seht euch Armes an, und wenn ihr einen Bleistift zu handhaben wißt, und ein Skizzenalbum habt, so bringt euer Album mit. Ich stehe euch dafür, daß euer Geld euch nicht reuen wird; und übrigens, wenn es euch reuen sollte, so würde ich, Claude Tillier, es euch ersetzen trotz des alten Sprichwortes, daß Ratgeben wohlfeil ist.

Ich liebe den Frühling mit seinen von weißen und roten Blüten übersäeten Gebüschen; ich liebe den Sommer mit seinen fahlgelben Feldern, umrahmt von glänzendem Grün; ich liebe auch den Winter mit seinen dunkeln, reifbedeckten Bäumen (sie sehen aus wie Rechtsgelehrte mit bepuderten Perücken); aber vor allen: liebe ich die lauen und feuchten Tage des Herbstes, wenn die Sonne nur noch matt strahlt, wenn flockiges Gewölk wie ein weißer flüchtiger Flaum den ganzen Raum zwischen Himmel und Erde erfüllt, wenn man Bäume, Berge, Weiler in einem dunstigen Grau sieht, als würden sie von einem matten Spiegel zurückgestrahlt und die Landschaft einem elysischen Gefilde gleicht; wenn das Grün der Wälder sich braun und rot färbt, wenn auf den Bächen lange Schichten von welken Blättern treiben, langsam hinziehend wie ein Trauerzug; wenn endlich die kranke und schwindende Natur noch einmal lächelt mit jenem leidensvollen Lächeln, das zuweilen auch auf den Lippen eines Verstorbenen noch weilt. An einem dieser reizvoll schönen Tage rate ich euch, den Weg von Clamecy nach Armes zu gehen. Dann hat auch die Flößerei aufgehört und die Yonne ist von den großen Stößen grauen Holzes befreit, die ihrem Tale den faden Geruch und das prosaische Aussehen eines Holzhofes verleihen.

Bis zur Maladrerie, einem alten eingegangenen Aussätzigenhospital, von dem nur noch die Kapelle stehen geblieben ist, geht der Weg prosaisch zwischen einer geschorenen Hecke und einem Kleefeld dahin; er geht gedankenlos dahin, ohne nach rechts und links zu blicken und ärgert sich über den Frondienst, den er der Verwaltung der Wege und Brücken leisten muß; aber bei der Maladrerie angelangt, erwacht er plötzlich aus seiner Schläfrigkeit. Er wendet sich ungestüm zur Linken und schwingt sich auf den Rücken eines der hohen Berge, deren Kette das ganze Detachement der Nievre durchzieht, sich dann allmählich absenkt und endlich ganz und gar in der sandigen Ebene der Yonne verschwindet. Dann bildet unser Weg eine großartige Terrasse und wirft aus einer Höhe von fünfzig Metern einen stolzen und hochmütigen Blick auf das Tal. Zu euren Füßen fließt die Yonne langsam dahin; von den Steinen, die vom Wege hinabrollen, zittern ihre Wasser unaufhörlich wie das Fell eines Rindes, das die Mücken stechen. Von den steilen Uferhängen rollen kunterbunt die geschlagenen Baumstämme hinab und baden ihr Wurzelende in dem grünen trägen Wasser des Flusses.

Zu eurer Linken erhebt sich wie eine gewaltige Ruinenmauer der zweite Absatz des Berges. Am Fuß dieser Riesenwand zieht sich vor euch eine lange Reihe von Häusern hin, die dem Dorfe als Faubourg dienen. Denn das Dorf Armes ist kein elender und armseliger Bauer. Nein, es gleicht einem Marquis, der seine Pagen hat; so hat es sein Faubourg wie eine Stadt. Seine Häuser sind alle neu; sie haben rote Dächer und grüne Fensterläden; jedes hat seinen Weinstock, der es mit seinem reichen Blattwerk umhüllt und im Sommer mit frischem Grün schmückt; sie sind nicht wie die Häuser in unseren Straßen, eng aneinander geklebt mit Brandmauern dazwischen, sie sind durch Gärtchen voneinander getrennt; große Nußbäume, die den Nachbarn gemeinsam gehören, strecken ihre Aeste über die Dächer; dazwischen stehen Eichen, die mit den Felstrümmern vom Gipfel des Berges hierher gelangt sind. Wenn man diese schmucken und kokotten Häuschen sieht, möchte man sie mit Landmädchen vergleichen, die in ihrem Sonntagsstaat spazieren gehen und sich an den Händen halten.

Pflanzen aller Art sprießen in den Spalten der Felsenwände; wenn ein Windhauch sie schüttelt, lassen sie ihre Blüten und ihre Insekten auf die Dächer niederregnen. Gegen die Mitte der Straße, die von diesen Häusern gebildet wird, trefft ihr auf die Schleuse von Armes, die erste der langen Reihe von Schleusen, die der Yonne für einige Stunden der Woche eine künstliche Schiffbarkeit verleihen. Der Bach wird durch das Sperrtor, das die Händler ihm hingesetzt haben, plötzlich in seinem Lauf gehemmt. Laut rauschend und tausend Verwünschungen gegen den Holzhandel murmelnd, ergießt er sich über die grasbewachsenen grünen Steine der Schleusenkammer und strömt in zwei glatten, dünnen Wasserfällen in den Schleusengraben zurück.

Der Rest des Wassers läuft durch einen hübschen Mühlengraben immer der Straße entlang. Sein Bett ist rein und frei von Röhricht, aber an seinen Ufern gedeihen üppig die amphibischen Gewächse, die die eine Hälfte ihrer Wurzeln im Wasser, die andere im Erdreich haben. Nachdem der Graben das Rad einer kleinen Mühle gedreht hat, die ganz versteckt zwischen zwei Ulmen steht, eilt er, das Mutterbett wieder zu erreichen. Nichts reizender als das Inselchen, das von dem Mühlgraben und dem Flusse eingeschlossen wird; die Yonne scheint es mit Zärtlichkeit zwischen ihre Arme zu pressen, wie eine Mutter, die ihr Kind trägt; es schwimmt wie ein Blütenzweig in einer wassergefüllten Vase; das sind lauter Buketts von Erlen, Weiden, Haselsträuchern, Pappeln, unter sich getrennt durch tausend Rinnsale, die aus dem Mühlgerinne überfließen. Wenn ihr zu zweien seid und euch süße Geständnisse machen wollt, flüchtet euch nicht unter dieses Grün. Erstlich könnte die Bulldogge des Müllers euch beißen; außerdem aber würde der Lärm des Wassers, das zwischen den Baumwurzeln sickert, plätschert, bald murmelnd, bald tosend dahinschießt, das Gezwitscher der Vögel und das ewige Geschwätz der Mühle, die nicht einmal für Herrn Minister Dupin in Person ihr Tiktak unterbrechen würde, auf euren Lippen die besten Worte ersticken.

Wir sind jetzt in Armes angelangt. Ihr steht auf dem großen Dorfplatz. Wenn ihr den Herrn Maire zu sprechen wünscht, hier wohnt er ebenso wie die übrigen bedeutenden Persönlichkeiten des Ortes. Diese Häuser tragen eine gewichtige Miene zur Schau wie ihre Besitzer; denn „wie der Herr, so das Haus“ gilt ebensogut, als „wie der Herr, so der Diener“. Viele haben Balkons und einige sind mit vornehmen Sonnendächern geschmückt. Habt ihr Durst? Hier ist eine große Quelle, die am Ende des Platzes hervorsprudelt. Ihr Wasser ist freilich kein Burgunderwein, aber auf mehrere Kilometer in der Runde wegen seiner Klarheit berühmt und ihr könnt kein erfrischenderes trinken. Nachdem es sich in einem großen Becken aufgehalten hat, in dem die Enten und die Dorfkinder schnattern und waten, fließt es frei und spielend über den Sand der Straße. Aber, wenn es beinahe am Ende seines Laufes ist, fällt es in einen Hinterhalt, den ihm der Brauer gestellt hat, und läßt sich auf Flaschen ziehen. So wandelt der Freiheitsschwung der Jugend sich oft im Alter in Knechtschaft.

Ihr könnt nicht unterlassen, in euer Skizzenbuch die große Bergspitze einzuzeichnen, die das Dorf beherrscht. Zwei enge Talschluchten klettern an ihren Flanken wie zwei Treppen in die Höhe; es sieht aus wie die Freitreppe eines verfallenen Riesenschlosses. Oben auf dem buschigen Gipfel erscheinen zuweilen — wie Statuen auf dem Giebel eines Gebäudes — die Gestalten einer alten Frau, die ihre Kuh hütet, oder eines kleinen Schafhirten. Der kleine Hirt singt; der Wind zerreißt das Lied und trägt die Stücke bis zu euch.

Fortsetzung folgt.

Im Hause sei stets Lacto-Ei.

Lacto-Eipulver

Vertreter: C. T. Qualmann, Lübeck, Morkerkestr. 19. (11941) Tel. 3031.

enthält Eidotter und Eiweiß. Verwenden Sie es zu Mehlspeisen, Suppen, Klößen, Kuchen, Krankenkost usw.! Bei den teuren Eierpreisen sparen Sie dadurch nicht nur, sondern Sie erhöhen auch wesentlich den Nährwert der Speisen. **Ovolin-Eiweißpulver** gibt festen Eierschnee. **Lactowerk** Act.-Ges., **Horchheim b. Worms.**

Amtlicher Teil

Höchstpreise für Brennstoffe.

Ab 18. Januar 1923: (11955

	Ab Lager per 1 Zentner	Frei Haus per 1 Zentner
Hartkoks, ungebrochen	Mk. 5280.—	Mk. 5480.—
Brechkoks, über 20 mm	„ 5480.—	„ 5680.—
Anthrazitkohlen	„ 5390.—	„ 5590.—
Anthrazit-Eiformbriketts	„ 5810.—	„ 6010.—
Braunkohlen-Briketts oder Halbsteine	„ 3070.—	„ 3270.—
Nußkohlen	„ 4680.—	„ 4880.—
Steinkohlen-Briketts	„ 5810.—	„ 6010.—
Grudekoks	„ 3270.—	„ 3470.—

Lübeck, den 17. Januar 1923.

Das Landesversorgungsamt.

Am 18. Januar 1923, vorm. 11 Uhr, wird der Kapitän **Borgwardt** vom Segler „**Friedrich**" im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklarung ablegen.

Lübeck. (11959) **Das Amtsgericht, Abt. II.**

Abführung der Lohnsteuerabzüge.

1. An Stelle der bisherigen monatlichen **Abschlagszahlungen** haben die zum Ueberweisungsverfahren zugelassenen Arbeitgeber künftig die wirklich einbehaltenen Beträge spätestens bis zum 10. Tage des auf jeden Kalendermonat folgenden Monats an die Finanzkasse abzuliefern und bei jeder Einzahlung folgende Versicherung abzugeben:

„Es wird hiermit nach bestem Wissen und Gewissen versichert, daß die an die Finanzkasse in Lübeck von mir für den Monat . . . . . 1923 abgeführten Beträge von insgesamt . . . . Mark mit dem vom Arbeitslohn meiner Arbeitnehmer in diesem Monat einbehaltenen Beträgen übereinkommen."

2. Das Kleben und Entwerten der Steuermarken für die im Laufe eines Monats einbehaltenen Beträge hat spätestens bis zum 10. Tage des auf jeden Kalendermonat folgenden Monats zu erfolgen.

3. Für größere Betriebe mit überschüssiger Lohnsteuerrechnung und mehr als 1000 Arbeitnehmern ist auf **Antrag** an Stelle der vierteljährlichen die jährliche Aufstellung und Einreichung der Ueberweisungsbelege, Nachweisungen und Zusammenstellungen zulässig. (11956

Lübeck, den 15. Januar 1923.

Das Finanzamt.

Regierung. Eutin, den 9. Jan. 1923.

Bekanntmachung.

Zum Wiederaufbau im Regierungsgebäude zu Eutin ist eine öffentliche unentgeltliche Auskunftsstelle eingerichtet. Diese erteilt Auskunft in allen Fragen, welche die wirtschaftliche, gewerbliche, rechtliche und ernährungsmäßige Fürsorge betreffen. (11945) **Friederichsen.**

Nichtamtlicher Teil

Unüberbietbare Preise

zahlt **Kramer** für Lumpen, Eisen, Metalle, Flaschen, Papier, Geschäftsbücher zum Einstampfen, sowie sämtliche Felle und Tierhaare. Verkauf von Metallen bitte Ausweis mitbringen.

S. Kramer, Engelswisch 22, Telephon 1517.

Ueberbiete dauernd jede Konkurrenz. (11947

Alt-Eisen, alte Maschinen Dampfkessel jeder Art, Huf- u. Schmiedeeisen, Späne-, Schmelz-Gußbruch.

Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Stanniol, Späne

L. Lissianski, Lübeck, Obertrave 19. Großhandel. Fernspr. 876. Kleinhandel. (11930

Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede. Fabrikationsbetriebe.

Kaufe **gute** ausgekämmte Frauen-

Haare

100 Gramm bis 400 Mk. (11988

Geschäftszeit 9—12, 3—5 Uhr.

Kostbahn, Haarhandlung, Sandstr. 12. F. 8497.

Hasen-, Kanin-, Ziegen- u. allen andern Felle, Pferde-, Rehschweif-Haare (11986

kauft zu höchsten Preisen

J. C. Mitzkewitz Wahmstr. 22a.

+ Magerkeit +

Schöne volle Körperformen durch unser „Hagro" Kraftessenz in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 400. Porto extra.

Alleinige Niederlage: Adler-Apotheke, Lübeck, Ob. Mengstr. 10 (11935

Billige Möbel

in hervorrag. dezenter Qual.

Schlafzimmer, Küchen, Eßzimmer, Herrenzimmer

Lorenz (11940

Heine

Depenau 8.

Lübecker Margarine-Zentrale

Inh. A. Dreesen

Margarine

weit unter Fabrikpreis. 10251a

Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft m. b. H.

Lübeck, Hundestr. 49/51.

Uebernahme von Bestattungen

in der einfachsten (11937

bis zu der feinsten Ausführung.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Adlershorst Morgen (11951 Donnerstag u. jed. Sonntag **Ball**

Lübeckisches Symphonie- u. Stadttheater-Orchester.

Freitag, 19. Januar, 7½ Uhr:

Großer Opern- und Walzer-Abend

im Gewerkschaftshaus

Dirigent: **Karl Mannstaedt**

Solisten: Frl. **Ena Döhle** und Herr **Jaro Prohazka.**

Eintritt einschließlich Programm u. Steuer nur Mk. 50.— (11957

Bitte Vorverkaufsstellen benutzen.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Wichtige Mitteilung an unsere Mitglieder!

Durch die Gewaltpolitik der Franzosen ist eine weitere **bedeutende Geldentwertung** eingetreten. Der Dollar hat in diesem Augenblick den Stand von 16000 überschritten. Eine ungeahnte Preissteigerung ist die Folge. Immer größere Anforderungen werden an unsere flüssigen Geldmittel gestellt. Die Generalversammlung hat am 10. ds. Mts. beschlossen, den Geschäftsanteil auf **10000 Mk.** festzusetzen. Wir richten daher an alle Mitglieder die **ernste Mahnung, sofort** mit entsprechenden **Teilzahlungen** zu beginnen, damit alles geschehen kann, um nach Möglichkeit die Versorgung unserer Mitglieder mit den wichtigsten Lebensmitteln sicherzustellen. Für 1 Pfd. Margarine, welches wir vor wenigen Tagen noch mit 890 Mk. abgeben konnten, müssen wir selbst heute schon über 1300 Mk. bei der Fabrik bezahlen.

Der gesunde Sinn unserer Mitglieder, der sich in der letzten Generalversammlung wieder zeigte, läßt uns hoffen, daß unsere Worte auf fruchtbaren Boden fallen. Wir bitten aber gleichzeitig um Verständnis für Anordnungen, die in so kritischen Zeiten bezüglich der Einteilung von Waren erfolgen müssen. Um eine unnötige Verschärfung der Lage zu vermeiden, bitten wir unsere Mitglieder, nur den dringend notwendigen Wochenbedarf jeweils zu decken. Jetzt heißt es doppelt: „Genossenschaftlich denken und handeln!"

11930 **Der Vorstand.**

Rheinischer Abend

verbunden mit Stiftungsfest

zugunsten der Rheinlandhilfe

am Sonnabend, dem 20. Januar 1923, abends 7½ Uhr,

im Städtischen Saalbau (Stadttheater) unter Mitwirkung hervorragender Kräfte. (Näheres siehe Plakate). (11958

Verein der Rheinländer Lübeck.

Deutscher Verkehrsbund 11961

Reichsabteilung Kraftfahrer

Versammlung

am Donnerst., 18. Jan. abends 8 Uhr bei Herrn:

P. Richter, Mengstr. 6.

Tagesordnung:

1. **Jahresbericht.**
2. **Wahlen.**

Versammlung der Hausdiener u. Reinmachefrauen

am Donnerst., 18. Jan. abends 6½ Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Bericht der Lohnkommission

Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Distrikt Rensefeld.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerst., 18. Jan. abds. 7½ Uhr

im Gasthof Lensvaal.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1922.
2. Wahlen zur Generalversammlung.
3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet (11952

Die Distriktsleitung.

Trocadero. Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Weberus-Stimmungs-Konzerte. 11960

Fledermaus 11933

Hansa-Theater.

Täglich 7½ Uhr abends:

Die kleine Sünderin

Der neue große Schlager!

(11946)

Stadttheater Lübeck

Mittwoch 7.30: Einmalig. Gastspiel Tanzbühne **Laban: Der schwingende Tempel.** (Außer Abonnement.) (11928

Donnerstag 7.30, Ab. C: **Kater Lampe.**

Freitag 7.30, Ab. D: **Die fünf Frankfurter.**

Sonnab. 7.30, 11. Abv. Vorst.: **Don Juan.**

Bahnhofs-Restaurant Lübeck.

Zahlt Anzeigen.

Heute und morgen Tanz unter Mitwirkung

Emil Eichholz

Gesellschaft

Ohne Kuchenkarten

Gutes Kaffeegetränk

Gutes Bier

Gutes Essen

Gutes Tanzen

Gutes Wetter

Gutes Gemütlichkeit

Gutes Wiedersehen

Zur Ostbahn.

Im gelben Saale: Tanzkränzchen. (11962

Im Grünen Saal: (11949

Im Kaffeezimmer: (11948

Im Kaffeezimmer: Kaffeekonzert.

Graublaue Socke

entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung. (11964

Belohnung.

Bettenhaus Aarstedt, Beckergrube.

Leder

Lederersatzteile

Ersatzsohlen in halbharter Fabrikation

zu Ia Kammgarnfilz

C. Grimm Nachfl.,

Lederhandlung und Schuhmacherbedarf

Dr. med. Kreutzfeldt,

Facharzt für Augenkrankheiten,

ist angeschlossen bei der Ortskrankenkasse.

Sprechstunden: Werktags 8—1 u. 4½—5 Uhr, Sonnabends nachmittags keine. (11927

Fernruf 149. **Breite Str. 39.**

Törpers Produkt.-Zentrale

Sandstr. Nr. 24-28. Telephon 1575.

Beste Abnehmerin für

Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen usw.

Händler, Schlosserei, Schmiedemeister und Klempner

einzelner Tarifpreise. (11964

So wie dieser

schonten Tausende auf die Haltbarkeit der

Leder- und Gummisohlen und Absätze

von der

Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei

Großbetrieb

50 Hüxstraße 50.

Robert Jentzen.

Fernsprecher 2873.

(11965a

Ehlers & Roetwisch

Mühlenstr. 1. St. Petri 2-4.

Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

10230a

Visitenkarten

werden in modernster Ausführung angefertigt bei

Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Mittwoch, 17. Januar 1923. Nummer 14.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 17. Januar.

Mieterschutzverein zur Forderung der Hausbesitzer.

Man schreibt uns: Die Hausbesitzer verlangen eine Erhöhung des jetzt gültigen Zuschlags für höhere Verzinsung der Hypotheken von 25 auf 50 Proz. Dem steht entgegen, daß viele Hypotheken — einst in Goldwert gegeben — jetzt durch eigenes Geld des Besitzers (in gleichviel Papiermark gezahlt) ersetzt werden. Diese Fälle sind die Mehrzahl. Die Hausbesitzer im allgemeinen haben daher keine höheren Aufwendungen für Hypothekenzinsen. Da es dem Reichsmietengesetz widerspricht, das eigene Geld des Besitzers höher als im Frieden zu verzinsen, ist schon der jetzt gültige Zuschlag unberechtigt hoch. Die neue Forderung lehnen wir als völlig unbegründet ab.

Die Hausbesitzer verlangen eine Erhöhung des Zuschlags für Verwaltungsmühe von 125 auf 625 Proz. Dem steht entgegen, daß der hiesige Verwaltungssatz schon jetzt der höchste im Reiche ist, daß in Lübeck die Häuser mit einer großen Mieterzahl geradezu selten sind, bei denen allein von Verwaltungsmühe die Rede sein kann, daß in solchen Fällen die Beteiligung der Mieter an der Verwaltung die Anstrengung des Besitzers wesentlich herabsetzt, daß die vom Hausbesitzer aufgewandte Mühe so wenig besonders entlohnt werden kann wie die jedes andern Kapitalisten auf die Pflege und Nutzbarmachung seines Kapitals verwandte Bemühung, daß die ungeheure Wertsteigerung gerade des Grundbesitzes schon jetzt tausendfach jede Verwaltungsmühe abgegolten hat. Eine Entschädigung über die bei der Verwaltung unbedingt erforderlichen Ausgaben hinaus fördert den Häuserwucher, wie aus der Preissteigerung nach der letzten Festsetzung der gesetzlichen Miete ohne weiteres nachweisbar ist.

Eine Erhöhung des Zuschlages für Verwaltungsmühe ist also unberechtigt; sie würde vielmehr geradezu als Anreiz der Spekulation dienen, die auf diesem Umweg eine Verzinsung ihres Anlagekapitals sucht; wir lehnen sie nachdrücklichst ab.

Daß die Hausbesitzer die Einziehung der Wohnungsbauabgabe benutzen, um gelegentlich der kaum nennenswerten Mehrarbeit für sich einen kolossalen Nutzen herauszuschlagen, muß niedriger gehängt werden. Daß ein Senatsvertreter die Erhöhung des Verwaltungssatzes in Aussicht stellte, um die Hausbesitzer zur Vereinnahmung der Wohnungsbauabgabe zu bewegen, läßt an der Unparteilichkeit der Regierung Zweifel aufkommen.

Die Hausbesitzer verlangen die Erhöhung der Zuschläge für die Instandsetzung derart, daß die Gesamtmiete das 45fache bezw. das 50fache der Friedensmiete ausmacht. Wir stellen demgegenüber fest: Nach dem Eingeständnis der Hausbesitzervertreter sind in den meisten Fällen die Hausbesitzer ihrer Reparaturpflicht nicht nachgekommen. Dadurch sind die bereits gezahlten Reparaturzuschläge infolge der Versäumnis der Hausbesitzer entwertet worden. Es muß besonders betont werden, daß die Reparaturzuschläge bisher hier zugleich mit der Miete im voraus gezahlt worden sind. Nach der Erklärung der Hausbesitzervertreter wollen die Hausbesitzer auch künftig sich ihrer Reparaturpflicht entziehen, sodaß der gleiche Entwertungsprozeß der zu zahlenden Reparaturzuschläge zu erwarten ist. Hieraus erhellt, daß betr. des Zuschlages für laufende Reparaturen eine Erhöhung solange nicht angebracht ist, als die Hausbesitzer dies Verfahren beibehalten.

Betreffs der großen Reparaturen fordern wir immer wieder die Einrichtung eines Ausgleichsfonds, der keine neue Belastung sowohl der Mieterschaft als auch der Verwaltungsmühe der Hausbesitzer bedeutet, wenn er z. B. so wie in Leipzig eingerichtet wird.

Die Auswirkung der letzten Festsetzung der gesetzlichen Miete ist der Bevölkerung noch nicht ganz fühlbar geworden, weil die Einziehung der beträchtlichen Abgaben größtenteils noch aussteht. Wir weisen auch bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß hier die Wohnungsbauabgabe in einer Höhe festgesetzt worden ist, die sonst im Reiche übliche Sätze um das Doppelte und mehr überschreitet, ohne daß der lübeckische Staat irgend etwas gegen Häuser- und Baustoffwucher unternommen hat und mithin in dieser Beziehung hinter anderen deutschen Staaten weit zurückgeblieben ist. (Im Gegenteil. Für die tatkräftige Förderung des Wohnungsbaues kann der Mieterschutzverein nur dankbar sein.) Andererseits ist seit der letzten Festsetzung der gesetzlichen Miete für die Hausbesitzer noch nicht Zeit gewesen zu einem ernsthaften Versuch mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir halten allein schon aus diesem Grunde die Erhöhung der erst ab 1. Januar 23 gültigen Sätze schon zum 1. Februar 23 für nicht angebracht. Die von den Hausbesitzern aufgestellten Forderungen sind bloß theoretisch abgeleitet. Man darf bei ihrer Würdigung auch das nicht vergessen, daß — während die Hausbesitzer-Vertreter sonst gern betonen, ein großer Teil der Hausbesitzer gehöre zu den Arbeitnehmern — die Vertreter selbst auffälligerweise berufsmäßig Bauinteressenten sind.

In der gegenwärtigen Zeit, in der feindliche Einbrüche die deutsche Wirtschaft aufs schwerste erschüttern, so daß die Folgen noch nicht ermessen werden können, in der die Verteuerung von Brot, Milch und allem anderen nötigsten Lebensbedarf drückende Sorgen in allen Haushaltungen verbreitet, würde u. E. eine schon wieder — oder gar nach dem Verlangen der Hausbesitzer-Vertreter allmonatlich — erfolgende Erhöhung der gesetzlichen Miete eine Katastrophe herbeiführen müssen. Der Vorstand des unterzeichneten Vereins ist sich bewußt, bisher um die Erhaltung des öffentlichen Friedens redlich sich bemüht zu haben und lehnt unter Hinweis auf die Vorgänge in Leipzig und Berlin jede Erhöhung zurzeit ab.

Kiel — Lübeck.

Ueber die **geographischen Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung Kiels und Lübecks** sprach am Dienstag in der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit Dr. Hinrichs. Aus dem historischen Rückblick über die städtebildenden Kräfte war zu ersehen, daß bei der Gründung Kiels im Jahre 1240 der Gedanke mitgespielt hatte, Lübeck Konkurrenz zu machen. Die günstige Lage Kiels an einem Förde-Ende vermochte aber jahrhundertelang nicht den Vorsprung Schleswigs als großer Marktplatz für das nordeuropäische Gebiet einzuholen. Und als die Schiffe größer wurden, nahmen die Seefahrer den Weg über Lübeck. Lübeck und die Travemündung wurde Mittelpunkt des Handelsgebietes der Hanse, bis sich der Verkehr um Skagen lenkte, dessen Sund im 16. Jahrhundert schon 4000 Schiffe im Jahre trug. Kiel blieb bis ins 18. Jahrhundert eine kleine Stadt von 4000 Einwohnern. Auch der Eiderkanal brachte der Stadt wenig Nutzen. Ihr Aufschwung begann erst mit der Aufhebung der Erbunterthänigkeit, des Zunftzwanges und mit den neuen Wirtschaftsbedingungen, die auch durch Anlegung der ersten Kunststraße Kiel—Altona 1830 und der ersten Eisenbahn auf der gleichen Strecke Antrieb erhielten. Ueber diese Strecke ging der Transitverkehr nach Dänemark, das kein Interesse für Lübeck hegte. Kiels neueste Entwicklung war nur auf die Bedürfnisse der Marine eingestellt, deshalb einseitig und wirtschaftlich gefährlich. Das zeigte sich nach dem Verfall der Marine. Amerikanisch schnell war die Stadt angewachsen, eine völlige Umstellung der großen Werke mußte vorgenommen werden. Heute macht Kiel unendliche Anstrengungen, um den Schaden wettzumachen. Es gründete ein Handels- und Industrieamt, leitete die Seefischerei zum Hochseebetrieb über, begann mit der Organisation eines leistungsfähigen Fischmarktes, sucht neue Industrien heranzuziehen, errichtet einen bedeutenden Handelshafen, ist daran, eine eigene Reederei und Spedition zu schaffen, will mit einem Wort Kiel zum Umschlags- und Freihandelshafen des ganzen Ostseegebietes machen. Dafür warf es schon 1921 bereits 189 Millionen Mark aus. Der Verkehr auf dem Nordostseekanal, der früher Kiel handelspolitisch keinen Vorteil brachte, wächst und wird sich bedeutend vermehren, wenn erst der Handel mit Rußland aufgenommen wird. Ein großer Umschlagsplatz am Eingange des Nordostseekanals ist Bedürfnis, weil die großen Schiffe nicht gerne in die Ostsee fahren. Die Ostseeschiffe selbst überschreiten selten 3000 Tonnen. Nun ist Dänemark bestrebt, Kopenhagen zu einem Umschlagsplatz zu machen, während England Rönne auf der Insel Bornholm dazu ausersehen hat. Der Hansakanal soll weitere Hinterlandsverbindungen schaffen, auch eine Verbindung über den Plöner See nach Lübeck wird erwogen. Kiel hofft durch den Freihafen eine bedeutende Industrie heranzuziehen; große Fabriken sind bereits entstanden, auch ein Hochofenwerk ist in Aussicht genommen. Kiel ist Sitz vieler Landeszentren, sowie der Landwirtschaftsverbände, die ein großes Getreidesilo errichteten. Stinnes übernahm die Oelbunker der Marine.

Der Referent ging dann auf die geschichtliche Entwicklung Lübecks ein, das sich in seinen Anfängen nicht dagegen wehren konnte, daß sich der Handel über die cimbrische Halbinsel Schleswig zuwandte. Erst mit der Verdrängung der Slaven, die ihren Ausgangspunkt an der Travemündung nahm, trat eine Aenderung ein. Lübeck wurde Ausrüstungsplatz für die Kolonisten des Ostseegebietes, wurde Umschlagsplatz für die Waren und trat an die Stelle Schleswigs. Durch die handelspolitische Einheit der Hansa wurde Lübeck ausschlaggebend. Es behielt die Monopolstellung bis zur Erstarkung neuer Kräfte, die Lübeck nur noch den deutschen Handel ließen, so daß auch die Einwohnerzahl von 30 000 auf 20 000 sank. In neuerer Zeit war der Stecknitzkanal veraltet, Hinterland fehlte, der Massengüterverkehr blieb aus, andere Ostseestädte, auch Hamburg und Bremen drängten sich vor. Der Nordostseekanal gefährdete Lübecks Existenz. Es wurde zu gewaltigen Anstrengungen gezwungen, errichtete Hafenanlagen, vertiefte und verbreiterte die Trave. Nun kommt Kiel und baut den Freihafen, den Lübeck schon vor 20 Jahren haben wollte. Ob der Mittellandkanal Lübeck Hilfe bringen wird, ist heute schwer zu sagen. Reife Früchte fallen Lübeck nicht in den Schoß, es hat hart in dem Kampf der Städte um seinen Anteil zu ringen. Ein Glück für Lübeck ist es, daß es sein Wirtschaftsleben nicht einseitig auf den Handel allein eingestellt hat, sondern schon vor 30 Jahren versuchte, Industrie anzusiedeln. Die Basis der industriellen Verbreiterung ist günstig, die Vorteile werden beim Einsetzen ungestörten Handels, wenn sich die große Warenspanne zwischen Ost und West auslöst, erkennbar werden. Bei diesem Warenverkehr wird Lübeck ein Kreuzungspunkt sein, an dem sich eine blühende Veredelungs-Industrie entwickeln kann.

*

Wir waren nur als Gast zu dem oben skizzierten Vortrag geladen, waren aber gezwungen, auch eine Ansprache des Herrn Direktor Stodte mit anzuhören. Diese bezog sich auf den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet. Dabei behauptete Herr Dr. Stodte, daß jedem Arbeiter beim Anblick eines französischen Soldaten der Haß hochkomme. Obwohl uns die internen Ansichten der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit gleichgültig sind, müssen wir diese Form des proletarischen Widerspruchs doch zurückweisen. Auch die Arbeiter des Ruhrgebietes wissen, daß der einzelne Soldat für die Gewalttaten seiner Regierung nicht verantwortlich ist. Der Haß richtet sich gegen das militaristisch-kapitalistische System der französischen Gewaltherrscher, Herr Direktor. Lassen Sie sich nicht irritieren von eigenem Empfinden und suchen Sie anderen nicht etwas einzuflüstern, was nicht stichhaltig ist. Die Arbeiterschaft weiß wohl, wo ihre Unterdrücker sitzen. Sollte dies etwa ein Versuch sein, die von Hagelampe empfohlene Erziehungsarbeit „zugunsten des Staatswohls" in die Tat umzusetzen?

Ostern am 1. April. In diesem Jahre fällt der Ostersonntag auf den 1. April, einen Ostertermin, der in unserem Jahrhundert bisher noch nicht vorkam, der nun aber noch dreimal mit elfjähriger Periode, in den Jahren 1934, 1945 und 1956 wiederkehren wird. Auch das vorige Jahrhundert hat im ganzen viermal: in den Jahren 1864, 1866, 1877 und 1888, am 1. April Ostersonntag gefeiert. Daß der Ostermontag auf den 1. April fällt, die beiden Ostertage also verschiedenen Kalendermonaten angehören, haben wir in den Jahren 1907 und 1918 erlebt, und auch in den Jahren 1929 und 1991 wird man in zwei verschiedenen Monaten Ostern feiern können, während im vorigen Jahrhundert Gleiches den vier Jahren 1859, 1850, 1861 und 1872 beschieden war. Da nach der Festsetzung des Konzils von Nicäa der erste Ostertag auf den ersten Sonntag nach Vollmond nach Frühlingsanfang fällt, so ist der früheste überhaupt mögliche Ostertermin der 22. März, und als Ostermontag kommt dieser Kalendertag somit überhaupt nicht in Frage. Aber auch ein Ostersonntag an diesem Tage ist äußerst selten und seit 1818 auch noch nicht wieder vorgekommen, und einem heute Lebenden den Genuß eines so frühen Osterfestes zu wünschen, wäre grausam; würde er doch zu dem Zwecke bis zum Jahr 2285 des Lebens Ungemach tragen müssen. Auch der zweitfrühesten Ostertermin, der 23. März, ist noch recht selten, doch haben wir diesen Fall vor genau einem Jahrzehnt, im Jahre 1913, erlebt; es war das früheste Osterdatum des ganzen Jahrhunderts und war vorher zuletzt in den Jahren 1845 und 1856 vorgekommen und wird in Zukunft erst wieder im Jahre 2008 auftreten, falls nicht inzwischen etwa — eine Einschränkung, die ebenso kreisch auch bei allen unseren sonstigen Voraussberechnungen geboten wäre, — die oft angeregte Kalenderreform zum Durchbruch gelangen und die Beweglichkeit des Osterdatums wesentlich verringern sollte. Bleibt aber die Osterregel unverändert, so wird derjenige, der noch zwei Jahrzehnte Lebens vor sich hat, alsdann gerade, im Jahre 1943 nämlich, auch den spätesten aller Ostertermine, den 25. April, erleben; ein so spätes Ostern ist zuletzt im Jahre 1886 vorgekommen.

Frauen.

Von Alfons Petzold.

Das ist des Geldes verfluchte, dreieinige Götzenmacht: züchtigt den Vater mit dem Sohne, läßt jenen die Faust erheben gegen sein heiligstes Eigenblut und bannt jeglichen Geist in Knechtschaft, Schande und Not.

Wo der girrende Fratzengott Geld regiert, fließen Zorn und Haß über die fruchttot gewordene Erde, heben alle greulichen Laster die geilen Häupter, Gift speiend auf die gelähmte Menschheit.

Wo sein eiler Quallenleib Dünste wirklicher Sünde gebärt, wird die Gier nach seinem klingenden Lärm zur riesenhaften, völkerhirnmordenden Sense, wird der Tanz um ihn ein heulender Reigen wahnsinniger Tiere.

Seine blecken Fratze, sein brünstiger Schwammleib baden sich immerdar im Blute seiner unzähligen Opfer. Es läßt ihn wachsen, stärkt ihn und verleiht ihm die Unbesiegbarkeit hornbehäuteter Ungeheuer der Sage.

Seine saugenden Polypenarme umspannen die ächzende Erde und tasten nach den Gestirnen. Brüllt er im schwülen Zorne, wanken Tempel, Musikhäuser und Wohnställe; jauchzt seine wüste Fröhlichkeit, geht endloser Jammer durch die Herzen der Menschen.

*

So war es auch in einer volkreichen Stadt, die im Kreise metall- und kohlenhaltiger Berge liegt, umringt von stahlkochenden Hochöfen. Ihre Straßen durchtobte das Brausen vielfältiger Arbeit, durchdampfte der scharfe Dunst des Schweißes ungezählter Proleten aber und unter der Erde. Ihre Häuser erschütterte heimlich doch stark die darbende Qual Tausender, sich nach Licht und reichlich Brot sehnender Menschen.

Kaum eine Stunde Sonnenhelle schenkte der Mammon den trüben Augen seiner rastlos schaffenden Knechte; im tückischen, höhnischen Flackern der Grubenlichter, in dem grausamen kalten Glanz der Wettlampen wurden sie fahl und taglscheu.

Und in den Kesselhäusern und den von turmhohen Essen überragten Werkstätten brannten Dampf, Glut, flirrende Stahlspäne, stechender Ruß in überlanger Arbeitszeit die Freude an dem Leben aus den trostlosen, teilnahmslosen Blicken der Arbeiter und ihrer Frauen und Töchter.

Sie trondelten dahin im moorigen Dunkel eines Molochdaseins, mit der triebhaften Rastlosigkeit der Biene und Ameise. Dumpfe, ohnmächtig hinbrütende Verzweiflung war in ihnen. Sie fluchten der heimlichen Stunde, in der sie Kinder gezeugt hatten, deren zukünftigem Lose sie ein böser Spiegel waren, haßten jede Stunde Leben und starben mit einem lösenden Lächeln endgültigen Trostes um den verelenden Mund.

*

Aber einmal kam ein seltener Tag über die ragenden Kämme und Zinnen der östlichen Berge geschritten. Da sahen alle Grubengänge und Schächte, alle Werkstätten nicht einen der werkenden Männer; die Sortier-, Wasch-, Präge-, Polier- und Verpackungsräume nicht eine einzige schaffende Frau. Keine Förderschale sank knarrend in die feuchte Schachttiefe, die Kesselfeuer starben den Hungertod, alle Räder, Walzen, Hämmer bannte da ein staunendes, dort ein lauerndes Schweigen.

Die Hände der vielen Tausenden Fabrik- und Grubenarbeiter ruhen nach einem einzigen Sinn. Ihre schwächliche Vielheit war zur mächtigen Einheit verwachsen, deren Wille eine herrliche Gewalt wurde. Tausende Männer waren ein Mund geworden, aus dem es erzern herwordonnerte:

„Wir wollen mehr Brot, wir wollen mehr freie Zeit zum Schlaf und zur wachen Freude!"

*

Und Antwort wurde diesem gerechten Verlangen in verruchter, Sonne und Sterne am Himmel verdunkelnder Tat.

Man trieb die auf Gerechtigkeit ruhig Wartenden mit dazu gezwungenen Soldaten aus ihren Stuben in Nacht und Unwetter hinaus, schonte nicht Kranke und Sieche, nicht schwangere Frauen, säugende Mütter, schlaftrunkene Kinder und Greise; stieß mit Gewehrkolben, scharfen Eisenwaffen die Zitternden in den Kot der Straßen, hetzte auf die sich wehrenden Menschen die roten Hetzhunde des Feuers, die Flamen, und warf Scharen von Flüchtenden in glühender Grausamkeit gegen mordende Maschinengewehre.

Roter Blutrausch dampfte über die Steine des Pflasters, warf Männer, Weiber und verängstigte Kinder mit seinem Giftschwalche zu Boden und wühlte in rasender Mordgier in den Bäuchen der Häuser.

Die Gewalt des Mammons brüllte vor Lust und feierte Orgien mit Flamme, Maschinengewehr, Säbel und würgender Faust. Leiber türmten sich hüttenhoch auf. Bald war der Arbeiterbezirk nur noch eine einzige grauenhafte Wunde an dem Leibe der großen Stadt, die Ströme heiligen Menschenblutes erbrach, war er nur noch ein Kraterloch, aus dem eine riesenhafte Feuersäule wie ein furchtbarer Fluch zu dem schönen Himmelsgewölbe emporblickte. Und es hob sich keine starke, mächtige Herrenhand, um die Armen zu schützen vor Schmach und Tod.

Denn über alle Beamten der großen Stadt regierten die Herren der Bergwerke, die Herren der Fabriken, die Mörder ihrer Arbeiter.

Da geschah es, daß sich an allen Ecken und Enden der Stadt auf einmal alle Frauen erhoben.

Die Lehrerinnen, Aerztinnen, Telegraphistinnen, Maschinenschreiberinnen, die Vorsteherinnen öffentlicher Anstalten, die Pflegerinnen in den Krankenhäusern und Verkäuferinnen in den Kaufgewölben. Ja, es begab sich sogar, daß die Insassinnen der Freudenhäuser aus ihren stillen Gassen kamen, mit dem Willen der Tat unter die anderen Frauen traten.

Sie erhoben sich alle, alle; aufgerüttelt durch den Anblick dieser wahnsinnigen Verbrechen der Priester und Knechte des Mammons. Sie erhoben sich alle, alle, am eigenen Leib die grüßlichste Schande ihrer Stadt fühlend und tief in die schwesterlichen Herzen getroffen, von der blutenden, flammenden Schmach und Qual, die in dem verqualmten, durchmoderten Arbeiterviertel die niederen Stuben erfüllte, die aus berstendem Gewölbe herausbrach, sich auf den blutglitschigen Gassen breitmachte und aus jeder Tür und Fensterhöhle, jeder Pflasterrunse grauenhaft klagend um Vergeltung und Gerechtigkeit schrie.

Sie erhoben sich alle, alle, die aufgerüttelten Frauen der großen Stadt; sammelten sich zu schweren Menschenwolken und schritten in gewaltigen Zügen, von allen Seiten zusammenströmend, vor das schöne, freie Haus der Ratsherren.

Und zwangen mit glühenden Worten und eisernem Willen die feigen und vor dem Mammon verbleichenden Vertreter der Bürgerschaft zu einer, die Opfer der Gewinnsucht aus Not und Untergang rettenden Tat.

Andere Truppen wurden herbeigerufen zu einem lebenden Wall um die Arbeiter deren Frauen und Kinder, zum stählernen Schutz der Waffenlosen gegen die Bluthunde der Gruben- und Werkbesitzer. Und solange noch ein Arbeiterhaus in die Höhe brannte, der Schrei eines gehetzten Fabriksklaven irgendwo aufgellte, die schäumende Wut der Industriefürsten nicht gänzlich eingedämmt war, standen die Frauen anklagend, drohend, zürnend um das Stadthaus herum und zwangen feige, käufliche Männer, Gerechtigkeit zu üben und den Gesetzen der Menschlichkeit untertan zu sein.

Der Sieg war ihnen, den mutigen herzensgetreuen Frauen. Sie zerbrachen die mordende Sense Mammons durch ihre tüchtige Standhaftigkeit.

Der Sieg war ihnen, ihrem Geiste und ihrem Herzen. Sei ihnen nun auch das klingende Wort des Lobes und der winkende Gruß aller freien und guten Menschen der Erde.

So geschehen in der Stadt Denver im Staate Colorado, Nordamerika, im Winter 1914.

Belle Plante und Cornelius.

Unsere Leserinnen kennen Claude Tillier, den Verfasser der humorübersprudelnden Erzählung: „Mein Onkel Benjamin", die wir im Jahre 1915 abdruckten. Der Schluß jener Erzählung lautete:

„Bei seiner Rückkehr von dem Begräbnis besaß mein Onkel eine Rente von 10 000 Franks. Vielleicht werden wir später sehen, welchen Gebrauch er von seinem Vermögen machte."

Die Fortsetzung von Tilliers Werk ist unser neuer Roman Belle Plante und Cornelius. Eine heitere Geschichte, sozusagen eine Don-Quichotterie mit philosophischem Einschlag. Damit erweisen wir unseren treuen Leserinnen gewiß einen Gefallen. Wenn sie sich über einige Längen hinweggelesen haben, werden sie an dem prächtigen Werke des Dichters (dem Sohne eines armen Schlossers) und späteren Redakteurs, der Zeitlebens ein armer Schlucker war, große Freude haben. Bedenkt man, daß heute ein guter Roman seine 3000 Mark kostet, dann macht sich die Zeitung schon allein durch diese Beigabe bezahlt.

Amerikanische Spende für Lübeck. Aus einer Sammlung, die die Neuyorker Staatszeitung in den Vereinigten Staaten von Amerika veranstaltet hat, sowie aus einer Spende der Brooklyner Sänger hat der Reichspräsident Herrn Bürgermeister Dr. Neumann einen Betrag von 60 000 Mk. und dem Wohlfahrtsausschuß für die Verteilung von Auslandsliebesgaben einen Betrag von 400 000 Mk. überwiesen. Auch diese Spenden sind wohl ein Zeichen, in welchem Maße die Erkenntnis von der Not der Alten und anderen nicht im Erwerbsleben stehenden deutschen Kreisen im Ausland verbreitet ist. Wie erschütternd groß gerade die Not bei uns in Lübeck ist, mag daraus hervorgehen, daß in Lübeck im Dezember noch 6600 Personen waren, die ein Einkommen von weniger als 1100 Mk. in der Woche bei Eheleuten und 650 Mk. bei Einzelpersonen im Monat hatten.

Kinderhilfe aus Südamerika. In Buenos Aires besteht der deutsche Verein Vorwärts. Er wurde im Jahre 1882 von Sozialisten begründet, die auf Grund des Ausnahmegesetzes aus Deutschland vertrieben worden waren und sich jenseits des Ozeans eine neue Heimat gesucht hatten. Der Verein wurde nicht nur ein Stützpunkt für die dortigen Genossen, sondern es gelang ihm auch, den Genossen in der Heimat Hilfe zu leisten, bis das Ausnahmegesetz außer Kraft war. Dann verwandte der Verein seine Mittel zum Ausbau der eigenen Einrichtungen. Dank der Opferwilligkeit seiner Mitglieder war er nach einigen Jahren in der Lage, ein eigenes Gebäude zu errichten. Nachdem die Not in Deutschland so erheblich angewachsen war, beschloß der Verein Vorwärts eine Hilfsaktion zugunsten der deutschen Arbeiterkinder einzuleiten unter dem Namen „Deutsche Kinder-Hilfe". Zunächst fand am 4. November 1922 ein Wohltätigkeitsabend statt, der nebst einer weiteren kleinen Sammlung einen Reinertrag von 178,50 Papierpesos (über ½ Million Mark) ergab. Diese Summe ist dem Verbande des ADGB. überwiesen worden, der für die richtige Verwendung schon sorgen wird. In einem Begleitschreiben stellt der Verband noch weitere Hilfe in Aussicht. Unseren Genossen und Landsleuten sei für ihre hochherzige Hilfsbereitschaft herzlich gedankt. Obwohl sich unter ihnen mancher befindet, dem es im alten monarchischen Deutschland übel genug ergangen ist, ist ihr warmes Herz und ihre Hilfsbereitschaft nicht erloschen. Das soll ihnen unvergessen bleiben.

pb. **Festgenommen** wurden zwei in der Ziegelstraße wohnhafte Arbeiter, die einem Landmann in Gr.-Schretstaken mehrere Ztr. Weizen usw. gestohlen hatten.

pb. **Wegen gewerbsmäßiger Hehlerei** wurde ein hier wohnhafter Händler, der gestohlene [illegible] von den Lehrlingen des Travewerks Metalle im Werte von mehreren Millionen aufgekauft zu haben, festgenommen. Weitere Abnehmer der von den Lehrlingen des Travewerks gestohlenen Metalle sind bekannt und sind zur Anzeige gebracht.

pb. **Gestohlen** wurde mittels Einbruches aus einer Fabrik in der Fackenburger Allee ein Treibriemen von 9 m Länge und 150 mm Breite. — Des weiteren wurde aus einer Fabrik der Kalkbrenner Allee von einem Palmtreibriemen ein Stück von 5 m Länge herausgenommen. Die Diebe schnitten aus einem in derselben Fabrik befindlichen Gummitreibriemen ein 4 m langes Stück heraus.

pb. **Festgenommen** wurden bei einer Razzia außer anderen Personen [illegible] Frauenzimmer, die sich herumtrieben.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Bürgerschaftsfraktion! Freitag, den 19., abends [illegible] Uhr, Sitzung im [illegible]. Tagesordnung wichtig.

Stadttheater. Am Donnerstag wird zum ersten Male die Komödie „[illegible]" unter der Regie [illegible] Ziegler gegeben. [illegible] „Die fünf Frankfurter". Am Sonnabend [illegible] „[illegible]" wiederholt.

Hansa-Theater. Bis zum 22. jeden Abend „Die kleine [illegible]". In Vorbereitung: „Madame Pompadour".

Angrenzende Gebiete.

[illegible] **Antisemitismus im Hörsaal.** Den [illegible] Professor für Geographie und [illegible], Dr. phil. Passarge, hat die Studentin und Lehrerin Margarete Fedeloff, [illegible] des [illegible] Hochschullehrers, beleidigt zu haben. [illegible] an Rektor und Senat beklagte [illegible] in seinen Vorlesungen [illegible] politische Agitation zu treiben. Zum Beispiel habe er [illegible] Volk einst an der Spitze marschieren würde, [illegible] Gelegenheit [illegible] englische Ausdruck [illegible] (!) [illegible]. Der Vorsitzende des Schöffengerichts bemühte sich, einen Vergleich herbeizuführen. Der Herr Professor bestand aber auf „Klarlegung" vor dem Gericht. Die Angeklagte B. erinnerte den Professor an seinen Vortrag über den „Zusammenbruch des Inkareiches", wobei er den tiefgründigen Weisheiten Ausdruck verliehen haben soll, daß „**soziale Fürsorge zur Erschlaffung der Völker führe (!), daß Sozialdemokraten und Juden kein Interesse für das Vaterland hätten und nur ihre Taschen füllten". (!)** Auf einen Protest einer Zuhörerin habe der Professor ihr empfohlen fortzugehen, wenn sie nicht hören wolle. Die Angeklagte erinnerte den Professor an einen Vortrag über die Hawai-Inseln, wobei er die Bemerkung machte, daß die Völker nach 100 Jahren Scheiterhaufen für die Juden errichten werden und daß die katholische Kirche Siegerin werden würde. (!) Ein Lehrer und Zuhörer Z. habe „Juden raus" gerufen. Der Herr Professor habe die Flegelei nicht gerügt. In antisemitischem Sinne habe er an die niedrigen Instinkte der jungen Zuhörer appelliert und Haß und Racheinstinkte aufgestachelt. Zwei Lehrer bezeugen, daß der Professor einwandsfrei vortrage. Der als Zeuge erschienene Dr. phil. Rathjens schildert den Professor als einen streitbaren Menschen, der stets das Bedürfnis habe, **seine politischen Gegner abfällig zu beurteilen.** Deshalb habe er sich von ihm getrennt. Eine andere Lehrerin war schon im Jahre 1919 über die Vorträge B.s empört und bestätigte die Angaben der Angeklagten. Der Amtsanwalt beantragt zwar Freisprechung der Angeklagten wegen Verleumdung, verlangt aber Strafe für eine Beleidigung, da sie in ihren Behauptungen gegen den Herrn Professor „zuweit gegangen", obgleich sie in **Wahrung berechtigter Interessen für sich und ihre Kommilitonen** gehandelt habe. Das Gericht **verurteilte die Angeklagte** wegen Beleidigung, besonders wegen der Aeußerung „wie ein berufsmäßiger übler Agitator" zu **5000 Mark Geldstrafe** oder 30 Tagen Gefängnis. Anschließend folgte die Privatklage des Frl. Fedeloff gegen den Professor Passarge wegen Beleidigung in der Beschwerdeschrift des Professors an den Rektor und Senat, die Aeußerungen, wie „menschenunwürdiges Verhalten", „urkomischer Blaustrumpf", „unehrenhaftes Verhalten", „ein Mädchen von solcher Doppelzüngigkeit gehört nicht an die Universität" usw. enthalten. Der Herr Professor entschuldigt sich mit seiner großen Erregtheit und seinem Temperament, die ihn zu starken Ausdrücken verleitet hätten. Das Gericht verurteilt den temperamentvollen Professor ebenfalls zu 3000 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis mit der Begründung, daß der angeschlagene Ton eines Universitätsprofessors unwürdig sei.

... Uns bleibe gleich die heilige deutsche Kunst!

Das Schöne muß befördert werden, denn wenige stellen es dar und viele bedürfen es. Goethe.

Die Folgen der ungeheuren Geldentwertung sind für solche Personen und Einrichtungen, die ihre Einnahmen garnicht oder nur in unzulänglichem Maße erhöhen können, geradezu vernichtend. Menschen, die einst über einen gewissen Wohlstand verfügten, fristen heute ihr bißchen Leben nur noch kümmerlich mit Hilfe der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen; fleißige Arbeiter, die in Beschäftigung stehen und sogar heute zahlenmäßig hohe, aber in ihrem Realwert überaus winzige Löhne beziehen, können ihre Familien nicht mehr ordentlich sättigen und kleiden, und immer weitere wertvolle Kreise versinken in dem unübersehbaren, trostlosen Meer des Elends. Ebenso zahlreiche Beamte, Angestellte und kleine Handwerker. Neben der materiellen Not marschiert mit Riesenschritten die geistige Verarmung. Bücher zu kaufen ist fast nur noch den Begüterten möglich. Charaktervolle Zeitungen und Zeitschriften führen einen ständigen, beinahe aussichtslosen Kampf um ihre Existenz, da ihre Leser gerade jenen Schichten entstammen, die von dem Unheil des verlorenen Krieges allmählich zermalmt werden. Dem Untergang verfallen sind auch die Stätten der Kunst und Bildung, besonders die Kulturtheater, wenn ihnen nicht bald kräftige Hilfe zuteil wird. Auch sie sind nicht in der Lage, wenigstens nicht in den mittleren und kleineren Städten, ihre Einnahmen den gesteigerten Ausgaben einigermaßen anzupassen, sondern die zwischen Einnahmen und Ausgaben liegende Spanne vergrößert sich von Tag zu Tag. Leute ohne geistige Bedürfnisse, denen kaum je die Werke unserer großen Dichter, die erst auf der Bühne wirklich lebendig werden, Erschütterung, Erhebung und Glück gebracht haben, denen Ohr und Seele für die Schönheiten und die reinen Freuden guter Musik verschlossen sind, empfinden einen solchen Verlust vielleicht nicht allzu schwer, helfen sogar durch törichte Aeußerungen und Vergleiche die noch bestehenden Kultureinrichtungen zu untergraben. Ist aber schon jede Not für sich tief beklagenswert und für den davon Betroffenen schmerzlich, so sollte man sich umsomehr davor hüten, den falschen Anschein zu erwecken, als könne man die materielle vermindern, indem man die ihnen weniger fühlbare geistige Not vergrößert.

Gerade in der jungen deutschen Republik, die als Erbin des zusammengebrochenen Kaiserreiches nach vier Jahren unsäglichen Leidens die Verpflichtung der Erhaltung der geistigen Güter übernommen hat, müßte sich die Erkenntnis in wachsendem Maße geltend machen, daß eine Gesundung der ganzen Verhältnisse überhaupt nur möglich sein wird, wenn unsere Kultur vor der Vernichtung bewahrt bleibt. Diese Gründung einer Notgemeinschaft für die deutsche Kunst, die ja bereits erfolgt ist, dient hoffentlich in wirksamer Weise diesem **Zwecke.** Sie wird in erster Linie mit dazu berufen sein, bei denen zu werben, die noch in der Lage sind, durch Zuwendung von größeren Mitteln kulturerhaltend zu wirken. Man denke dabei an die Großindustriellen in Duisburg, die dem dortigen Stadttheater helfend zur Seite stehen. Doch damit allein ist noch nicht viel getan. Es muß vor allem der großen Mehrheit des Volkes zum Bewußtsein gebracht werden, welche großen Werte es vor dem Untergange zu bewahren gilt. Dieses Bewußtsein mangelt nämlich leider noch zu vielen, sogar auch manchen Leuten, bei denen man es eigentlich voraussetzen dürfte.

„Das Nützliche befördert sich selbst, denn die Menge bringt es hervor, und alle können es nicht entbehren; das Schöne muß befördert werden, denn wenige stellen es dar und viele bedürfen es." Dieses Goethewort gilt heute in besonderem Maße. Das Bedürfnis nach dem Schönen ist auch in unserer Zeit großer materieller Not nicht verschwunden oder auch nur geringer geworden; im Gegenteil, das Streben danach hat sich eher verstärkt, aber es, das Schöne, muß mehr als je gefördert werden durch die Hilfe der dazu Berufenen und dazu Fähigen. Es gehört sicherlich zu den Aufgaben des Staates, die Förderung des Schönen sich angelegen sein zu lassen und dafür auch erhebliche Mittel zur Verfügung zu stellen, denn ohne solche wird bald ein Zustand eintreten, der das Bedürfnis vieler nach dem Schönen nicht mehr zu befriedigen vermag, weil die Grundlage, auf der das Schöne geschaffen oder geboten werden kann, nicht mehr vorhanden ist.

Diese Ausführungen beziehen sich in der Hauptsache auf die durch eine Kulturbühne zu vermittelnde Kunst, auf Theater und Konzerte. Daß die Existenz der Kulturtheater in Deutschland auf das Schwerste bedroht ist, wird wohl nur wenigen bekannt sein. Die erheblichen Opfer, welche sowohl die Länder als auch die Städte, trotz ihrer finanziellen Bedrängnis zur „Beförderung des Schönen" aufwenden, um mit Goethe zu sprechen, zeigen, wie sehr die Regierungen und Verwaltungen sich darüber klar sind, wie wichtig und bedeutungsvoll für das Volk und seine Bildung solche Einrichtungen sind. Die Größe des Verlangens des Volkes nach dem Schönen läßt der überaus rege Besuch erkennen, den die Kulturbühnen aufzuweisen haben, obwohl die materielle Not, die Unmöglichkeit Ungezählter, sich ordentlich zu sättigen und zu kleiden, manchen die Befriedigung des vorhandenen Bedürfnisses nach dem Schönen unmöglich macht oder auf ein Minimum beschränkt. Aber die Fälle, in denen Leute auf leibliche Genüsse verzichten, um nach dem Schönen streben zu können, sind heute auch garnicht selten und vielfach finden wohl diejenigen eher Glück und Erhebung an künstlerischen Darbietungen, die Mangel leiden, als die, welche satt und voll sich im Lichte der Schönheit sonnen. Es fehlt also nicht an Interesse und an Opferwilligkeit, und dennoch befinden sich Theater und Orchester vor der Gefahr ihrer Auflösung. Auch in Lübeck. Der Grund ist nicht schwer zu entdecken. Während die Ausgaben für Feuerung, Strom und andere Bedürfnisse des Theaters auf den tausendfachen Betrag des Friedenspreises und mehr, die Bezüge der am Theater Beschäftigten zwar nicht in der gleichen Weise, aber doch wenigstens um das Vierhundertfache gestiegen sind, konnten die Eintrittspreise noch nicht einmal durchschnittlich auf das 250fache erhöht werden. Und das Mißverhältnis wächst, je mehr die Geldentwertung fortschreitet. Einen gewissen, aber unzulänglichen Ausgleich bietet nur der gegen früher wesentlich stärkere Besuch des Theaters.

(Schluß folgt.)

Aus aller Welt.

Erste Durchquerung der Sahara im Auto. Der Versuch, die Sahara in einem neu konstruierten Kraftwagen zu durchqueren, ist geglückt. Die Wagen, die mit ähnlichen Rädern wie bei den Tanks ausgestattet sind, hatten am 18. Dezember Tagurt in Algier verlassen und erreichten am 4. Januar Timbuktu. Das leichte Auto ist also nun als das ideale Beförderungsmittel in der Wüste erwiesen. Die fünf Kraftwagen, die durch ihre Räder befähigt waren, ebenso im Sand wie im Morast vorwärts zu kommen und sogar Berge zu überwinden, bewährten sich unter den schlimmsten Umständen, so auch bei einem furchtbaren Sandsturm. Die Automobilisten hatten auch Angriffe von arabischen Räubern zu überstehen. Die letzte Etappe von Burem nach Timbuktu wurde ohne Aufenthalt in 27 Stunden gemacht. Eine Durchquerung der Sahara mit Kamelen nimmt etwa 6—7 Monate in Anspruch.

Ein Denkmal der Vernunft und Liebe. Als vor einiger Zeit Chile und Argentinien gegeneinander zum Krieg rüsteten, verhinderten Frauen und Geistlichkeit die Fortsetzung der Vorbereitungen und brachten es durch energische Proteste soweit, daß die beiden Länder sich schließlich bereit fanden, den König von England als Schiedsrichter anzurufen. Die Soldaten wurden zurückgeschickt, um die Felder zu bestellen, und die Kriegsbudgets wurden zu dem sehr dringlichen Bau der Straßen, zu Ausbesserungsarbeiten und für andere öffentliche Interessen verwandt. Zur Erinnerung an diesen Vorgang wurde in den Anden ein Christusdenkmal errichtet. Es ist ein Symbol für den Frieden zwischen zwei Nationen und für die Hoffnung auf Frieden für die ganze Welt. Die Statue ist 23 Fuß hoch und aus Kanonenbronze gegossen. Sie steht auf der neu festgesetzten Grenze zwischen den beiden Ländern. Am Fuße trägt sie die Inschrift: „Eher sollen die Berge in Staub zerfallen, als die Völker Argentiniens und Chiles den Frieden brechen, den sie am Fuße des Heilands Jesus Christus geschworen haben."

Briefkasten.

H. G., Kronsforde. Die Stadtgutpächter von Krummesse und Niemark hatten im vorigen Jahre vor dem Pachteinigungsamt ein obsiegendes Urteil gegen den lübschen Staat erstritten, das die Pacht auf der alten Höhe beließ. Indessen hat der Pächter von Niemark später von sich aus die doppelte Pacht für das laufende Nutzungsjahr entrichtet. Verhandlungen über die Neufestsetzung dieser und anderer Pachten finden demnächst statt. 2. Die Errechnung der Pacht erfolgt nach anderen Grundsätzen, die sich im einzelnen der Wiedergabe entziehen. Das Stadtgut Klein-Steinrade, das 38 ha 39 a 17 qm groß ist, bringt im Nutzungsjahr 1923 pro Hektar 10 122,— Mk. Pacht, insgesamt 388 601 Mk. (1922: 19 856,40 Mk.) Das Stadtgut Albsfelde zahlt im Nutzungsjahr 1923 1 719 148 Mk. Pacht (1922: 91 560 Mk.). 3. Regelleistung und Mehrleistung bei der Ortskrankenkasse hat mit der Höhe des Beitrages nichts zu tun. Diese bleiben sich gleich. Die Mehrleistung bezieht sich auf die Dauer der Zugehörigkeit zur AOK. (26 und mehr Wochen) oder bei Betriebskrankenkassen. — 50 Mk. für den Pressefonds.

Quittung.

Für den Pressefonds gingen ein: Gesammelt in einer Mitgliederversammlung der SPD. in Kücknitz Mk. 1282.—, Arbeiter der Zementfabrik Hochofenwerk Mk. 1570.—, Finderlohn für eine Mütze durch Frau Gr. Mk. 310,—, Hochzeitsfeier Engelsgrube 57 Mk. 550.—, N. N. Mk. 10,—.

Das Parteisekretariat.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Persil bleibt Persil
in alter bewährter Güte!
Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert.
geeignet für alle Arten von Wäsche.
Niemals lose! Nur in Originalpackung!
Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der altbewährten „HENKO" (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).
11259